

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis:
Wochenblatt 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Berussprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 25. August 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Berussprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die rumänisch-bulgarische Krisis.

Kann hat sich, wenn auch vielleicht nur für kurze Zeit, die schwüle Lage in Ostasien etwas geklärt, so ziehen sich schon wieder an einer andern Stelle des politischen Horizonts, über der Balkanhalbinsel, drohende Gewitterwolken zusammen.

Den äußeren Anlaß zu diesem Zwist hat die Affaire Michailleau gegeben. Seit einigen Jahren geht das Streben der bulgarischen Bourgeoisie, nachdem sie das eigne Land rücksichtslos ausgebeutet hat, dahin, das macedonische Gebiet zu annektieren, um es als neues Ausbeutungsobjekt dem bulgarischen Reich einzuverleiben.

Die macedonische Bevölkerung besteht keineswegs nur aus Bulgaren und Türken, neben ihnen sind rumänische, griechische, serbische Elemente vorhanden. Unter ihnen widersetzen sich besonders die Rumänen den bulgarischen Annektionsgelüsten; einerseits weil sie fürchten, daß unter bulgarischer Herrschaft ihre wirtschaftlichen und nationalen Interessen noch weit mehr gefährdet sein werden, als heute unter türkischer Oberhoheit, andererseits aus Widerwillen gegen Rußland, dessen Einfluß seit einigen Jahren wieder in Bulgarien allmächtig ist und das in Verfolgung seiner bekannten Absichten die „nationalen“ bulgarischen Pläne einer Angleberung Macedoniens an Bulgarien und Schwächung der türkischen Macht bereitwillig unterstützt.

Dieser Widerstreit der Rumänen gegen die bulgarischen Expansionsbestrebungen und die willkürliche Zwangsbesteuerung der Sarafowischen Mafia hat schon wiederholt zu Reibungen zwischen beiden Seiten geführt, die verschiedentlich ein blutiges Ende fanden, nicht nur auf dem eigentlichen Kampfplatze, sondern auch auf rumänischem Boden. Aus letzter Zeit sind drei solcher Morde aus politischen Motiven bekannt geworden; der Mord des Bulgaren Titoski, der Geheimnisse des bulgarischen Komitees verraten haben soll, der Mord eines gewissen Stelian Stefanowitsch in Braila und neuerdings (am 23. Juli) der Mord des rumänischen Professors Michailleau.

Der Mörder des letzteren, der bulgarische Schreiber Siojan Dimitrow, wurde jedoch gefaßt und legte in der Untersuchung das Geständnis ab, daß er im Auftrage des bulgarischen Aktionskomitees, und zwar im direkten Auftrage Sarafow's, gehandelt habe. Seine Enthüllung führte zu neuen Verhaftungen und Beschlagnahme von Briefen, aus denen sich klar ergab, daß nicht nur dieser Mord, sondern auch der des Titoski von Sarafow angezettelt sei.

Angesichts solcher klaren Beweise richtete der rumänische Minister des Inneren, Marghiloman, an die bulgarische Regierung die energische Forderung, Maßregeln gegen die Leitung des bulgarischen Komitees zu ergreifen und die Schuldigen zu bestrafen. Zugleich wandte sich der Minister um Unterstützung an Oesterreich-Ungarn sowie an Deutschland und Italien. Die bulgarische Regierung erteilte erst eine ausweichende Antwort; nachdem jedoch eine noch schärfere Note der rumänischen Regierung ergangen war, gestand sie zu, die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen zu wollen. Das rumänische auswärtige Amt hat vorläufig von dieser Forderung abgesehen und die Hoffnung ausgedrückt, die Untersuchung werde eine strenge sein.

Ob damit die Sache erledigt ist? Die Sprache der Regierungsblätter ist auf beiden Seiten eine äußerst erbitterte. Vorläufig ist indes noch wohlbegründete Aussicht vorhanden, daß es nicht zur Kriegserklärung kommt. Bulgarien steht vor dem finanziellen Bankrott, sein Protektor aber hat genug in Ostasien zu thun und steckt zudem selbst in argen Finanznöten. Ebenfalls ist Oesterreich oder die Türkei in der Lage, Rumänien zu unterstützen. So dürfte vorläufig die Angelegenheit in der Schwebe bleiben, aber wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze auf der Balkan-Halbinsel beitragen.

Im Grunde genommen ist es Rußland, das hinter den bulgarischen Expansionsbestrebungen steht. Seit etwa fünf Jahren ist unter der Herrschaft der verkommenen bulgarischen Bourgeoisie, die an Rücksichtslosigkeit und brutaler Profitgier fast die süditalienische noch übertrifft, Bulgarien mehr und mehr zum Vorposten russischer Interessen auf der Balkan-Halbinsel geworden. Wie in Petersburg gepfiffen wird, wird in Sofia getanzt. Die russische Politik verfolgt klar ersichtlich den Zweck, einerseits in Bulgarien russischen Einfluß zu stärken, andererseits aber das bulgarische Volk in Atem zu halten und seinen Gegensatz gegen die Worte in jeder Weise zu verschärfen, um es als Vorposten für das russische Interesse zu gebrauchen. Das hat Rumänien, das sich zwischen Rußland und dem russischen Bulgarien eingeklemmt sah, dazu getrieben, nur umsonst mehr Anschluß an Oesterreich, Deutschland und Italien zu suchen.

Mögen auch die Zustände Rumäniens vieles zu wünschen übrig lassen, im Vergleich zu Bulgarien ist es nicht nur das kulturell überlegene Land, sondern auch der Beschützer der westeuropäischen politischen Interessen gegen die moskowitischen. Die einstige Ansicht, daß selbständige kleine Balkanstaaten wie Bulgarien, den besten Wall gegen die russischen Ansprüche auf das europäische Gebiet der Türkei bilden, hat sich als völlig irrig erwiesen; niemals hat Rußland solchen Einfluß in Bulgarien besessen, wie heute, selbst nicht in der ersten Zeit nach der sogenannten „Befreiung“. Es fehlt ihm nur zur völligen Ausübung seiner Stellung — das Geld. Es vermag wohl die bulgarische Armee mit Offizieren zu versorgen, nicht aber Bulgarien das zu liefern, was dieses in seiner Verschuldung, die bereits zur Verpfändung der verschiedenartigsten Staatsbesitztümer an österreichische und deutsche Banken geführt hat, am allerdringendsten braucht.

China.

Es liegen keinerlei Nachrichten von Bedeutung vor. Aus Shanghai kommen Meldungen von angeblichen größeren Truppenansammlungen der Chinesen bei Tientsin, doch sind diese Meldungen gleich früheren aus derselben Quelle unglauwürdig.

In Peking herrscht Ruhe. Die Leiche des Reichert v. Ketteler ist aufgefunden worden.

In Peking.

Aus japanischer Quelle wird aus Tientsin gemeldet: Militärische Verwaltung in Peking eingerichtet, bestehend aus je einem Vertreter der verhandelnden Mächte. Am 12. August ist die kaiserliche Familie mit den Ministern aus Peking entflohen. General Tung mit einer Eskorte von 2000 Mann besetzte die Flüchtlinge.

Peterburg, 24. August. Ein Telegramm des Viceadmirals Algejev an den Vizepräsidenten des Marineministeriums aus Tientsin vom 22. August meldet:

In unserer Gesandtschaft alles wohl. Von Landungstruppen gefallen 6, verwundet 20 Matrosen. Offiziere gesund. Gesandtschaft in schwieriger Lage, fast täglich angegriffen, namentlich die letzten beiden Tage und am Tage des Sturmes.

Der Direktor der russisch-chinesischen Konsulatsabteilung in Peking meldet vom 14. d. M.:

Nach dreimonatiger Belagerung sind wir heute befreit; im ganzen sind 75 Mann gefallen, verwundet sind 120, darunter 7 Russen tot, 15 verwundet. Die russisch-chinesische Bant wurde von Boxern zerstört.

London, 24. August. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Peking vom 14. d. M. gemeldet:

Gestern griffen die Amerikaner die kaiserliche Stadt an und nahmen fünf Thore. Hieraus wurde eine Konferenz der Generale abgehalten, und die Truppen wurden zurückerufen, nachdem ein Offizier und fünf Mann gefallen und 18 Mann verwundet waren. Heute früh wurde die Festung-Kathedrale im Norden der Stadt, in welcher sich eine Besatzung von 30 Franzosen und 10 Italienern befand, die seit dem Beginn der Belagerung mit den übrigen Fremden keine Verbindung mehr hatten, von Japanern, Engländern und Franzosen entsetzt. Die Verteidigung der Kathedrale ist höchst heldenmütig gewesen. Die kaiserliche Stadt wurde heute von kombinierten Streitkräften angegriffen, welche jetzt die Stadt vom Fährden säubern und die Palastgebäude mit internationalen Wachen besetzen, um Plünderungen zu verhindern. Es ist noch nicht bekannt, wohin die Kaiserin Witwe geflohen ist, man glaubt, daß sie sich nach Sinangfu begeben hat.

Deutsche Angelegenheiten.

Tientsin, 21. August. Kapitän Pohl mit deutschem Marosendestachement am 18. August in Peking eingetroffen; gesehen befand sich das deutsche Seebataillon in Peking.

Wie dem „L.A.“ gemeldet wird, verriet am Tage nach der Einnahme von Peking ein Chinese einem Deutschen die Stelle, wo Ketteler begraben worden war. Es war ein chinesischer Grabhügel in der Nähe der Nordstraße. Die deutschen Seefoldaten bedeckten den Hügel ab und suchten bald auf einen

chinesischen Sarg, den sie öffneten. Er enthielt in der That die Leiche des ermordeten deutschen Gesandten. Reichert von Ketteler wird nun am Sonnabend nach christlichem Brauch beigesetzt werden.

Der Kaiser hat dem deutschen Geschäftsträger in Peking v. Selow telegraphisch den Roten Adlerorden vierter Klasse mit Schwertern verliehen und Beiträge zur Dekorierung der übrigen Mitglieder der Gesandtschaft erbeten.

Sensationsnachrichten.

„Standard“ meldet aus Shanghai vom 23. d. M.:

Wie berichtet wird, ließ der Vicelkönig von Luichang, Gung-king, 30 fremdenfreundliche Chinesen verhaften. Zwei derselben, von denen bekannt geworden, daß sie sich von den geheimen Gesellschaften und vom Angriff auf die Fremden im Jangtsehalte zurückgehalten hatten, wurden entlassen.

Dasselbe Blatt meldet aus Tientsin ohne Datum über Shanghai vom 23. d. M.:

Der Kaiser hat zwei große Lager mit Kavallerie im Südwesten. Alle hiesigen Truppen erhielten heute nachmittags Marschbefehle. Es wird ein Gefecht erwartet. Die Verbindungslinie mit Peking ist in keinem besorgniserregenden Zustand und die zur Verfügung stehende Truppenmacht, welche dieselbe hält, ist unzureichend.

London, 24. August. Konsulardepeschen aus Shanghai melden, die Kaiserin Witwe und Prinz Tuan rüsten eine starke Armee aus, deren Zweck die Erlangung günstiger Friedensbedingungen sei.

Die Haltung der Mächte.

Wien, 24. August. Einer Pariser Meldung der „Vol. Corr.“ zufolge wird die militärische Aktion der Mächte in China erst nach vollständiger Unterdrückung des Aufstands und Wiederherstellung dauernder normaler Zustände ihr Ende erreichen. Dierhalb sei eine längere militärische Besetzung Peking's, der Provinz Tschili, sowie sämtlicher wichtiger chinesischer Häfen seitens der Mächte unvermeidlich.

London, 24. August. Wie die „Daily News“ aus Washington melden, hat General Schaffee sich dahin geäußert, daß sich die Notwendigkeit herausstellen könnte, die amerikanischen Besatzungstruppen den ganzen Winter in China zu belassen; die Verbindungen seien verflochten, das Werk der Sicherung des Friedens zu unternehmen.

Washington, 24. August. Das Kriegsministerium hat den amerikanischen Konsul in Sagasai angewiesen, den Befehlshabern der Kavallerie und Infanterie, welche auf dem Transportschiffe „Maeda“ dort eintreffen werden, mitzuteilen, daß sich dasselbe nach Manila und nicht nach Taku zu begeben hat.

Brüssel, 24. August. Der Präsident des Organisations-Komitees der belgischen China-Expedition, General Verstraeten, machte dem „Quartier-General Bureau“ die Mitteilung, daß er angesichts der politischen Ereignisse in China die weiteren Schritte zur Organisation einer belgischen Expeditionstruppe vorläufig eingestellt und dem Ministerpräsidenten hiervon Mitteilung gemacht habe.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. August.

Die Schuldigen.

Man ruft nach Rache. Nicht eher soll Frieden mit den Chinesen werden, bis nicht alle Schuldigen gefaßt und schwerer Strafe unterworfen sind.

Aber wer sind die Schuldigen? Natürlich — die Chinesen. Sie haben das Völkerecht gebrochen, sie haben den deutschen Gesandten getötet, sie haben viele andere Europäer getötet, sie haben europäisches Eigentum vernichtet, sie haben Europa zum Aufgebotsfeld ihrer Kriegserklärung genötigt. Das alles muß gesühnt werden: Auge um Auge, Zahn um Zahn.

In diesem ebenso moralisch erhabenen wie politisch tief sinnigen Gedanken der Rache erschöpft sich für die Regierung wie für die Presse die Forderung nach den Schuldigen. Ein führendes Blatt des Liberalismus, die „Voss. Zig.“ erklärt:

Die Regierung will die deutschen Verkehrsinteressen in China wahren; sie ist außerdem genötigt, Genugthuung für eine barbarische Verletzung des Völkerechts zu fordern, die uns durch die Ermordung des deutschen Vorkonsuls angefaßt worden ist. Soweit die Regierung diese Ziele verfolgt, hat sie, wie wir überzeugt sind, die Stimmung des ganzen deutschen Volks hinter sich. Die eigentümliche Anschauung, daß China der im Recht befindliche Teil und wir die unrechtmäßigen Angreifer sind, wird sehr wenige Anhänger haben; sonderbare Leute giebt es natürlich überall und zu jeder Zeit.

Wir sind solche „sonderbaren Leute“. Wir sind fern von Ueberhöhung der Chinesen. Wir bemerken an ihnen mannigfache Unvollkommenheiten, Fehler und Schwächen. Aber wir verwahren uns gegen die pharisaische Nichtachtung der eigenen Unvollkommenheiten, Fehler und Schwächen. Die Chinesen haben Unrecht begangen, aber ihr Unrecht ist die Folge unserer Unrechts.

Zahlreiche Beweise sind erbracht worden für die Schuld der Missionen. Aber niemand spricht davon, daß die Fehler der Missionen, die selbst ein langjähriger deutscher Gesandter am Peking Hof aufgedeckt hat, gründlich bekämpft werden sollen. Wie das Unrecht, das geistliche Verfolgungssucht und im heuchlerischen Kleide des Christentums schreitende Erwerbsbegierde in China begangen, in Zukunft gebessert und beseitigt werden soll, davon schweigen die ob chinesischen Unrechts Entschuldigenden.

Es ist die moralisch und politisch wichtigste Aufgabe, die Verfehlungen Europas in China im ganzen Umfange überhaupt erst einmal festzustellen. Jetzt weiß man, daß viel gesündigt wurde. Aber jeder, der teil hat an den vorerwähnten Missethaten und Verfehlungen, kennt nur die Schuld des andern. Die katholischen Missionare beschuldigen die

...rotzschändlich und ungelobt. Die deutsche Mission beschuldigt die englische und französische u. s. f. Und schließlich geben die Missionare die ihnen von weltlichen Kritikern gemachten Vorwürfe diesen selbst zurück.

Am Reichsbote veröffentlicht der bekannte Missionar M. v. einem Offenen Brief an Herrn v. Bismarck. Dieser offene Brief befreit die Schuld der protestantischen Missionen und bestreitet dabei die Schuld der Diplomaten und Politiker.

Es sind recht bemerkenswerte Äußerungen des Missionars M. v. während es doch vor aller Welt klar ist, daß die Gesandten und Diplomaten der Mächte viel durch ihren Reiz und ihre Eifersucht unter einander beigetragen haben zu den Wirren, und gemeine Beamte und französische katholische Mächte dem Kaiser von Rußland die Schuld an den Wirren zuschreiben, und ein Wort aus dem Munde Deutschlands durch die Vorkriegszeit von Kiautschow schuld an den Wirren sein läßt, während jeder, der die Verhältnisse draußen kennt, weiß, daß die fremden Teufel verhaßt waren, durch die schmähliche Behandlung, die die Chinesen zu erdulden hatten, von dem ersten Tag ihrer Bekanntschaft mit Portugiesen und Holländern bis auf den heutigen Tag, ja ehe die evangelischen Missionare da waren, liebten Sie den evangelischen Missionaren die Schuld zu! Wer aber weiß, daß Politik und Rechnungsräthen fortwährend China aufteilen, wer ferner weiß, daß die Eisenbahnen aufgezwungen und von den Russen unter dem Schutz der Konsulen gebaut wurden und daß auch von Tsin-tschau (Kiautschow) aus drei Expeditionen zum Schutz von Eisenbahnen und Bergwerken gemacht worden sind, der glaubt Ihnen das Märlein von der Schuld der protestantischen Missionen wohl nicht eher, als bis Sie eine erdrückende Fülle von Material gebracht haben, das den klaren Beweis liefert, daß die englischen und amerikanischen Missionen wirklich schuld sind an den Wirren.

Wer aber in einem Gladhaus wohnt, soll den andern nicht mit Steinen werfen. Ist denn das Verhalten der Gesandten, Konsulen und Konsulente so rücksichtslos, voll auf die chinesischen Sitten und Gebräuche Ceremoniell? Was müssen die Missionare nicht alles hören im Lande über die Unfittlichkeit der Europäer!

Ich kann Sie also nur auffordern, den Thatsachen anzutreten für alle Ihre Behauptungen. Nennen Sie Fälle nennen, die zu rügen sind, so werden wir Ihnen dankbar sein für eine gerechte Kritik. Ich meine zwar, so viel sei heute schon klar, daß Politik und Verwaltung von Missionen und Politik die Hauptschuld tragen an den traurigen Ereignissen und vor allem sollte man sich an die rechte Adresse wenden und dem katholischen Bischof Anzer den Dank abstatten, daß er die Achtung von Kiautschow veranlaßt hat; denn das hat doch dem Kaiser den Boden aufgeschlagen. Aber wenn die Diplomaten das eingeschanden, würden sie ja ihre eigene Schuld mitbetonen müssen!

Selbst in der Post findet sich eine Äußerung eines Geistlichen, die auf den Quell der Schuld weist. Auch in Abwehr gegen v. Brandt schreibt der Harter Sträußel:

Ich glaube kaum, daß irgend ein Diplomat oder Geschäftsmann mit chinesischen Sitten vertrauter ist und sie schonender behandelt als unsere Missionare. Wenn bei den erzwungenen Eisenbahnbauten, Bergwerken und Industriellen Gräberfelder gestört und die Wind- und Wasserlehre der chinesischen Geomanten (das Fungshui) verletzt wird, so ist das doch viel schlimmer als alle Predigten evangelischer Missionare gegen den Götzendienst. Und wie wenig Rücksicht die in China lebenden Europäer gemeinhin auf die chinesische Sitte nehmen, das dürfte doch bekannt sein. So mancher Europäer in Hafenorten gerberdt sich wie ein Herrscher, der Chinesen duckt sich, aber im Herzen schwört er Rache.

Keiner unter den europäischen Kulturbringern sieht den Balken in eignen Auge. Jeder bemerkt nur die Schuld des andern. Die Wilson-Diplomatie aber will das chinesische Unrecht rächen, indem sie ihr eignes früheres Unrecht fortsetzt und überholt. Man beklagt den Ausbruch des Fremdenhasses und häuft neuen Zündstoff zu künftigen, weit gefährlicheren Explosionen.

Wir sind so, sondersbare Leute, Einkehr bei uns zu fordern. Wenn wir unser Unrecht in China erkennen und seiner Wiederholung vorbeugen, dann nur ist zu erwarten, daß die Verbindung der europäischen mit der ostasiatischen Welt ohne gewaltsame Erschütterungen sich vollziehen kann.

Nach Neu und Anhalt — Sachsen.
Die Bestrafung des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter plant nach einer Meldung jetzt auch Sachsen. Die Meldung lautet:

Die sächsische Regierung hat beschlossen, gesetzlich gegen den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter vorzugehen. Die Vertragsausweise sind zur Unterbreitung geeigneter Vorschläge aufgefördert.

Die Vorbeeren Anhalts und Neuh j. L. haben also das klassische Land der Reaktion nicht länger ruhen lassen. Das vernünftige Urteil, das alle großen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Antler über dieses verfassungswidrige Auspfeifen der Landtage gegen den Reichstag gefällt haben, hat die sächsische Regierung völlig kalt gelassen. Die Aufzählung des nationalliberalen Abgeordneten Wasser mann und des Centrums Abgeordneten Dr. Spahn an den Reichstags, gegenüber so eklatanten Verletzungen des Reichsrechts energisch einzuschreiten, war natürlich in den Wind gesprochen. Die damals geäußerten Beschränkungen, daß andre Bundesstaaten das Vorgehen von Neuh und Anhalt nicht nachahmen und dergestalt entgegen Verfassung und Reichsrecht abzumachen für ganz Deutschland jenes Buchtausegesetz einführen würden, das die Majorität des Reichstags vor kurzen in so eindringlicher Weise verworfen, waren also nur zu berechtigt. Daß der sächsische Landtag die Regierungsvorlage, für die jetzt in den Bezirkskonsulissen die raffinierteste Fälschung ausgefälscht wird, annehmen wird, steht bei dem Charakter dieser Vertretung des rücksichtslosesten Epischer- und rücksichtslosesten Unternehmertums außer Frage.

Das Vorgehen Sachsens beweist die Ohnmacht des Reichstags den Einzelstaaten gegenüber. Durch die verächtliche Art, wie der Reichstag die Budgetvorlage in den Ort des beschränkten, bewies er deutlich, welche Art reaktionärer Gesetzmäßigkeit er nicht wolle. Nichtsdestoweniger schmiegelt Neuh j. L. Anhalt und Lübeck die Budgetvorlage auf Schleichwegen ein. Nun fällt der Reichstag abermals in scharfster Form sein Urteil über die Ausnahmegerichte und zugleich die illoyale Art ihrer Durchführung. Das geschah im Juni, unmittelbar darauf also erließ die sächsische Regierung ihre Anfrage an die Bezirkskonsulisse. Das muß der Reichstag sich gefallen lassen!

Nachdem Sachsens Vorgehen dem Kaiser den Boden aufgeschlagen hat, wird der Kampf nun erst recht beginnen. Nicht ohne äußerste Anstrengung kann es gebildet werden, daß die Geldververtretungen der Einzelstaaten die Rechte der Volksvertretung mit immer dreifacher Hand usurpiren.

Deutsches Reich.

Hüter der Parlamentarische. Die „Schles. Ztg.“ will von einer „mit den Absichten der Regierung meist wohl vertrauten Seite“ erfahren haben, die Regierung beabsichtige nicht, den Reichstag vor Mitte Oktober einzuberufen, da sie sich mit Veranlassungen der Mehrheitsparteien ins Ein-

vernehmen gesetzt und von diesen die Zusicherung erhalten habe, daß auch innerhalb der für die parlamentarischen Entscheidungen notwendigen Kreise eine Session zur Zeit nicht für erforderlich und verfassungsmäßig gehalten werden wird.

Ist diese Mitteilung richtig, so müßten auch die Führer der Nationalliberalen und des Centrums sich für die Ausschaltung des Reichstags ausgesprochen haben. Die Blätter dieser Parteien, die zumeist, früher oder später, die Notwendigkeit der baldmöglichen Einberufung des Reichstags zugegeben haben, sind verpflichtet, sich zu der Behauptung der „Schlesischen Zeitung“ zu erklären.

Weltpolitische Demokratie.

Aus Baden wird uns geschrieben: Es ist erstaunlich, welche summenverwirrende Wirkung der Weltmächts-Koller nachgerade selbst in den Köpfen derjenigen zu haben beginnt, die auf Grund ihrer demokratischen Ueberzeugung bisher Gegner des sich in Preußen-Deutschland breit machenden persönlichen Regiments unter und demgegenüber eine schärfste Kampfbildung der in Parlament und Presse sich äußernden Volksweltung verlangten. Die chinesisch-asiatische Patentpatentpresse unseres Landes geht gegenwärtig mit einem Artikel der freilich demokratischen Rheinischen „Neuen Badischen Landeszeitung“ freudig, der die auswärtige Politik und die öffentliche Meinung in Deutschland behandelt, das Vorgehen der Reichsregierung in der Chinafrage, entgegen den bisherigen Anschauungen der süddeutschen Volkspartei, in allen Punkten billigt und die Behauptung aufstellt, dasselbe „siehe durchsicht im Einklang mit den Anschauungen des weitens überwiegenden Teils der Bevölkerung“. Man täusche sich auch, wenn man glaube, die starke persönliche Initiative des Kaisers finde in der Bevölkerung jene tiefgreifende grundsätzliche Antipathie, die man nach dem Raum, den diese Seite der Sache in den publizistischen Auseinandersetzungen einnehme, vermuten möchte. Wir können uns diesen Anschauungen des „demokratischen“ Blatts gegenüber den Nachweis ersparen, daß der weitens größte Teil der in Industrie und Landwirtschaft werththätigen Bevölkerung des Reichstums der Gewaltthat gegen China insbesondere seit dem Zeitpunkt läßt bis ans Herz hinauf gegenübersteht, wo das dabei in erster Linie in Betracht kommende allgemeinsinnliche Motiv der Gelandtenbefreiung durch die militärischen Erfolge der verbündeten Truppen gegenstandslos geworden ist.

Was uns an dem Elaborat des Organs der badischen Vorkemdemokratie weit mehr interessiert, das ist die Rolle, die es der Volksmeinung, dem Volkswillen und der öffentlichen Kritik in Wort und Schrift dem politischen Abenteuer gegenüber zuweist, in welches das Programm des chinesischen Nachzuges das Deutsche Reich zu verwickeln droht. Die „demokratische“ Ueberzeugung des Rheinischen Blattes erstrebt dabei im besten Sinne. Es hätte zwar die Einberufung des Reichstags „zum Zwecke der gegenseitigen Aussprache“ für „wünschenswert“ gehalten, empfiehlt im übrigen aber dem deutschen Volk, vorerst die Nachemänner in der Reichsregierung ruhig gewähren zu lassen und zu allen ihren Maßnahmen vertrauensvoll stillzuschweigen.

Die ehrenwerten Gründe, die zu einer Mißbilligung des gegenwärtigen Stadiums der Chinapolitik führen können, sollen durchaus nicht verkannt werden. Wer hätte nicht Bedenken! Sein Vaterlandsfreund kann sich der ersten Sorge entschlagen angesichts einer Sache, deren Ausgang unabsehbar ist. Aber wo man etwas erreichen will, muß man auch einen Einfluß riskieren und nachdem einmal Deutschland dabei engagiert ist — und zwar unseres Erachtens mit Recht infolge seiner politischen Bedeutung und seiner materiellen Interessen — dann halten wir eine Beschränkung in der Kritik, ein Vermeiden alles dessen, was die schwierige Lage noch erschweren könnte, für unbedingt geboten. Wir sind noch jung in diesem Geschäft der auswärtigen Dinge und können darin von England oder Frankreich, wo man doch auch etwas auf Freiheit und freie Meinungsäußerung hält, einiges lernen. Jetzt kommt zuerst das Vaterland, erst nachher die Kritik!

Wir fürchten sehr, daß „nachher“ nicht nur die Kritik, sondern auch das Zahlen und so manches andre kommen wird, was auch den „Demokraten“ der „Neuen Badischen Landeszeitung“ sehr unangenehm sein dürfte. Dann werden diese „Volkseurende“ an ihren bisherigen Anhängern ihr blaues Wunder erleben.

Tropenkoller. Zur Beobachtung seines Geisteszustandes und wegen eines körperlichen Leidens wurde der Hauptmann Kallenberg von der ostafrikanischen Schutztruppe vom Militär-Arzt Dr. I. wo er sich in Unterhohensdorf befand, nach dem Garnison-Lazarett I in der Schanhorststraße übergeführt. Dort hat er eine Krankstube für sich allein, die durch einen Arrestantenposten bewacht wird. Hauptmann Kallenberg wird, wie seiner Zeit berichtet wurde, des Wortes an einer Regentin und an ihrem Kind beschuldigt und befindet sich seit Anfang April in Untersuchung.

Verlautlicht ist gegen Hauptmann Kallenberg erst vorgegangen worden, nachdem Nebel im Reichstag die Schändlichkeiten desselben vor die Öffentlichkeit gebracht hatte. Jetzt ist der Herr Hauptmann aus dem von „Tropenkoller“ befallen und wird für die scheinliche Bluttat vielleicht überhaupt nicht verantwortlich gemacht.

Nach ein Schulpaß. Eine eigentümliche Ueberraschung wurde, wie man der „Volk-Zeitung“ meldet, dem Lehrer Nalke in Stolow bei Wolfstein in Posen am 21. d. M. zu teil. Nachts wurde er plötzlich durch ein gewaltiges Gepolter und einen Hagel von Brettern, Balken und Wirtelstücken unangenehm aus dem Schlaf geweckt. Als ein rasch angezündetes Licht die Katastrophe beleuchtete, nahm er wahr, daß inmitten eines Schutthaufens seine Dienstmädchen sich aufrichtete, das samt seinem Kette durch die Decke in den portiere gelegenen Schlafraum des Lehrers durchgebrochen war! — Nach der „Ostdeutschen Presse“ befinden sich die Kinder der auf einer Weichselinsel belegenen Gemeinde Korcenik ohne Schulunterricht. Da wegen der isolierten Lage der Gemeinde eine Einschulung in eine andre Gemeinde unmöglich war, hatte der Staat vor 6 Jahren eine einstufige Schule eingerichtet, die aber jetzt wegen Erkrankung des Lehrers verwaist ist. Die Regierung beabsichtigt, die Schule überhaupt eingehen zu lassen. Posen besitzt ohnehin neben Ost- und Westpreußen die meisten Analphabeten.

Neues zur Germanisierungspolitik. Aus der Stadt Posen sind binnen kurzem vierzehn polnische Lehrer nach dem Westen Deutschlands veretzt worden. Man behandelt also die Lehrer genau so wie die Rekruten.

Die Beseitigung der kirchlichen Schulaufsicht verlangt in einem Artikel der „Chr. Welt“ ein ehemaliger holländischer Pastor, der ausführt, daß sowohl die evangelische Kirche wie auch die Schule unter der durch Geistliche ausgeübten Schulaufsicht zu leiden hätten. Der Geistliche vernachlässige notwendiger unter der Würde dieses Ehrenamts seine eigentlichen Berufspflichten, während der Geistliche, der zu den wissenschaftlichen Hauptaufgaben des Lehrplans seiner Ausbildung nach nur in entfernteren Beziehungen stehe, sich andererseits zum Schulaufsicht auch gar nicht einmal besonders qualifiziere. — Es hätte längst im Interesse unserer Volksschule gelegen, die Schulaufsicht ausschließlich schulpflichtig gebildeten Beamten zu übertragen.

Nochmal die Lage im Arefelder Industriebezirk. Der „Konfessionär“ beschäftigt sich mit einem Artikel des „Vorwärts“ vom 7. August, welcher von der Lage der Arefelder Seidenstoffwebereien handelt. Der Artikel des „Vorwärts“ sei geeignet, ein

fallches Bild von der Situation im Arefelder Industriebezirk zu geben. Thatsache sei vielmehr, daß eine große Zahl der hiesigen Fabrikanten gut beschäftigt sei. Woher der „Konfessionär“ diese Information haben will, ist uns unbegreiflich. Sogar das „Volkblatt Seide“, eine in Arefeld selbst erscheinende Zeitung für die Industriellen, bezeichnet die Lage als sehr ungünstig und besorgniserregend. Arbeiterentlassungen finden in sämtlichen Seidenstoffwebereien und Färbereien, und zwar en masse statt. Als die Arbeiter bei Straken u. Gobbers, der größten Stoffweberei im Arefelder Bezirk, dahin vorstellig wurden, die Arbeitszeit im allgemeinen zu verkürzen, statt Arbeiter zu entlassen, wurde ihnen erklärt, es würde das wahrscheinlich außer den Entlassungen noch eingeführt. Keine einzige Fabrik, ob Seide oder Sammet, ist vollbeschäftigt. Die hunderte beschäftigungsloser Arbeiter auf den Straßen geben das beste Bild von der wirtschaftlichen Stagnation.

Ein vollständig richtiges Bild hat also der „Vorwärts“ gegeben, wenn es auch den Weltpolitikern sehr unangenehm ist.

Agarische Beschaffenheit. Eine Erhöhung des Getreidepreises auf mindestens 6—7 M. erklären die konservativen „Dresdener Nachr.“ im landwirtschaftlichen Lebensinteresse für unbedingt notwendig. Außerdem wird noch die Neuenführung von Zöllen auf alle übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse verlangt. Weiter nichts? —

Die Sklaverei in Deutsch-Ostafrika. Da unsere bürgerliche Presse sich gegenwärtig so sehr darüber entrüstet, daß England auf Sanibar unter fallchen Vorspiegelungen 1500 Neger angeworben hat, die in Wirklichkeit für den Alkantiesseldzug verwendet werden sollen, so ist es nicht ganz unangebracht, daran zu erinnern, daß auch in Deutsch-Ostafrika die Sklaverei noch als gesetzliche Institution besteht. In einem Bericht der „Deutsch-Ostafrika-Zeitung“ über einen „Zunbentag“ eine Zusammenkunft der Gemeinde-Vorsteher — heißt es nämlich:

Alsdann folgte die Besprechung der Sklaverei. Es wurde auf die Unzulässigkeit der Verpfändung freier Leute hingewiesen und auf Anfrage betont, daß sämtliche auf diese Weise verpfändeten freien zurückgegeben seien, während die Befreiungsaufrecht erhalten würde, vorbehaltlich etwaiger Bestrafung. Sklavensläufe finden nur in Dar-es-Salaam statt, doch ist den Afrikanern und Oberjumben verboten, in besonderen Fällen vorläufig Bescheinigungen auszustellen, die jedoch bindende Kraft erst durch die Eintragung beim Bezirksamt erhalten. Mütter und Kinder dürfen auch im Erbgang nicht von einander getrennt werden, sondern der Ausgleich der Erben hat durch Geld stattzufinden; eventuell sind Mutter und Kinder gemeinlich zu verkaufen.

Es besteht also in Deutsch-Ostafrika sogar noch Sklavenshandel, indem Dar-es-Salaam zum Sklavemarkt eingerichtet worden ist. Diesen unelendlichen Zustand empfand der Reichstag derart, daß er bereits 1895 eine Resolution annahm, wonach die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf vorlegen sollten, der in den deutschen Schutzgebieten die unter den Eingeborenen herrschende Hausklaverei einer ihrer Beseitigung vorbereitenden Regelung unterwerfen sollte. Diese Beseitigung der Sklaverei liegt anscheinend noch in ebenso weiter Ferne wie 1895.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Auflösung des Parlaments? Aus Wien wird gemeldet: In parlamentarischen Kreisen beurteilt man die Aktion des Ministerpräsidenten von Körber zur Sanierung des Parlaments sehr skeptisch. Auch Körber selbst habe wenig Hoffnung und treffe bereits Vorbereitungen für die Auflösung des Parlaments.

Rußland.

Väterchen Dener. In wie unerhörter Weise die russischen Beamten in Polen wüthen, erfahren wir wieder aus einer Korrespondenz, die dem Londoner „Wredstvit“, Organ der sozialistischen Partei Polens, aus Lodz, dem polnischen Manchester, zu geht. Wir entnehmen ihr folgende Einzelheiten: Unter der Herrschaft des Polizeibeamten Chranowski ist alles möglich; der friedliebende Bürger kann geprügelt werden. In Lodz prügelt jeder, der Uniform trägt. Chranowski hat einen Expedienten der Polizei vom Wagen warf, eigenhändig auf der Straße verprügelt. Kommissare, Revierbeamte, Polizisten prügelten Dreißigjährigen, Arbeiter und Hausmeister, diese wieder Juden, Bettler usw. In den Arbeitervierteln wird abends Jagd auf die „Anführer“ abgehalten. Die Geschäften werden abgeführt und mißhandelt.

Wer sich nicht legitimieren kann, kommt nicht mit heiler Haut davon. Die Polizei geht Arbeiterwohnungen ab und vertreibt die Leute, die zusammen sind, mit Peitschen.

In letzter Zeit hat der Gendarmenleiter Snoinski wieder Verhaftungen unter der Schuljugend angeordnet. Der Gendarm will die Spuren einer geheimen Schülerverbindung entdeckt haben. Eine Pension, in der einer der verdächtigen Jünglinge der Handwerkerstraße wohnte, wurde kurzerhand behördlich geschlossen, weil dort Revolutionäre erzogen werden. 14 Schüler hat man fundenlauf auf der Polizei ausgefragt. Sinoinski drohte mit Gefängnis, erfuhr aber nichts.

Afrika.

Vom Boerenkrieg. Ein Telegramm des Feldmarschalls Roberts weiß diesmal von einem kleinen englischen Erfolg zu berichten. In dem Telegramm heißt es:

Baden-Powell hat am 22. ds. 100 Gefangene befreit und 25 Boeren gefangen genommen, darunter den Hauptmann von der Reserve von der Staatsartillerie, einen Artillerie-Offizier und einen Feldkornet. Patrouillen, welche nach Brandwaater gesandt waren, entdeckten dort Vorräte von 140 000 Mäusergeschossen, 12 Granaten und 200 Pfund Dynamit.

In auffälliger Gegenlag zu der gestern mitgeteilten Auffassung Lord Roberts, daß die Zahl der Boerenkämpfer auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen sei, das unmöglich noch erheblichen Widerstand leisten könne, steht die Darstellung des „Standard“ von der Situation, die nach einer ihm am 22. August aus Pretoria zugegangenen Mitteilung folgendermaßen aussieht:

Die Zahl der im Felde stehenden Boeren beträgt noch immer 20 000 Mann. Die Linien ihrer Detachements ziehen sich genau westlich von Vellast bis zum Kooibosfluß und decken so die Zugänge zum Buijvelde, wo Viehweiden von Tausenden von Stiefeln befinden. Zwischen Vellast und Mahabodorp stehen 5000 Boeren, von denen sich 2000 Mann westlich von Dalmaratha befinden, wo Botha den Bau von Verteidigungswerken leitet. Eine zweite starke Streitmacht mit einem dazwischen geschickten Norden von Vellast. Präsident Krüger befindet sich in Brandwaater südlich von Kooibos. 5000 Feindesboeren stehen in der Nähe von Kooibosgedacht. Erasmus befindet sich 18 Meilen nördlich von Brandwaater. In der Schlacht von Brandwaater zeigen sich die Boeren angriffslustiger und freudiger als je seit dem Entzug von Mafeking, was eine Folge des Vorgehens de Weid und Delareus ist. Wasser ist mit 1000 Mann in Amnana, wo die Gegenwart des Feindes unter den Eingeborenen Unruhe erzeugt. Deitot steht mit einem starken Kommando bei Wolmaranstadt.

Die Londoner Presse meldet vom 24. aus Pretoria. Leute u. n. u. Cordua sei wegen Teilnahme an der Verhinderung gegen Lord Roberts vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden. Lord Roberts habe das Urteil bestätigt.

Lord Roberts würde seinem Ruf einen schweren Stoß versetzen, wenn er wirklich das Urteil bestätigte hätte. Handelte es sich doch bei der berühmten Verhinderung um den Anschlag eines Alkoholikers, der durch den Detektiv Gano, einen agent provocateur, zu seinem thörichten Plan angehetzt worden war.

Ein Chinese über die Chinawirren.

Wir erwähnen bereits den Brief des chinesischen Gesandten Heng-Fu, der in Petersburg und Wien beglaubigt ist, an Herrn v. Suttner. Es verlohnt sich, den Brief vollständig mitzuteilen; er ist geeignet, in diesen Tagen, da man die Chinesen als Männer und Barbaren hinstellen beliebt, ein ruhigeres und objektiveres Urteil anzubahnen. Der Brief lautet:

Kaiserlich chinesische Legation.
Petersburg, 4./17. August 1900.

Mein lieber Baron!

Die traurigen Ereignisse, welche sich gegenwärtig in meinem Lande abspielen, lenken oft meine Gedanken auf die Friedensfreunde und auf solche unter ihnen, die ich die Ehre gehabt habe, im Haag kennen zu lernen.

Ihr Brief vom 9. d. hat mich tief gerührt, und ich bin überzeugt, daß Ihnen (d. h. der Friedensbewegung, D. Red.), obwohl sie, wie Sie sagen, eine „Quantität möglicher“ sind, schließlich der Sieg und die Herrschaft beschieden sein wird. Von dieser Quantität möglicher wird das Licht ausströmen, und es wird ein Punkt gemittelt, um für immer den Keim der Friedensfreunde zu entzünden. Nämlich die Schwere und die Kanone, von denen Sie sprachen, bald in Pflugscharen verwandeln! Es ist somit eine heilige Pflicht für die Friedensfreunde, diese edle Sache mit unerschütterlicher Festigkeit, Energie und Ueberzeugung zu verteidigen, ohne sich jemals entmutigen zu lassen und ohne müde zu werden, ihre Stimme zu erheben.

Ich wäre sehr glücklich, wenn ich durch Mitteilung meiner Ansichten und meiner persönlichen Eindrücke einigermassen zu dem von Ihnen unternommenen humanitären Werke beitragen könnte.

Ich habe sowohl in meinem Verufe, wie auch in Studienreisen die Vereinigten Staaten von Amerika, Peru und andre südamerikanische Länder, Oestreich-Ungarn, Deutschland, England, Spanien, Frankreich, Holland, Japan und Rußland besucht; überall, wo ich gewesen bin, habe ich die Sitten der Völker studiert und mich besonders für das Heerwesen, den Handel und Ackerbau interessiert, welche ich mit der höchsten Vollkommenheit verwaltest gefunden habe. Ich habe mir alles, was diese Verwaltungen von den unsren unterscheidet und was Gutes daran ist, ad notam genommen, um es meinem Lande zu nütze zu machen. Aber — soll ich es sagen — die ewige Rivalität und Eifersüchtelei, welche sich bei den Völkern kund thun, schädigen ein wenig jene Vollkommenheit. Wenn ich einen Wunsch ausdrücken darf, ist es der, alle Völker sich über diese Empfindungen erheben zu lassen, um immer in guten Einvernehmen zu leben, wodurch ihnen dauernder Friede gesichert wäre.

Der Konflikt, welcher gegenwärtig zwischen China und den fremden Mächten besteht, hat größtenteils seinen Ursprung in beiderseitigen Mißverständnissen. Ich bin sehr überzeugt, daß weder China noch sonst eine der Mächte ihre guten Beziehungen gänzlich abbrechen wollen; die Dinge sind so weit getrieben worden infolge der Nachlässigkeit der chinesischen Funktionäre und dank den durch Ehrgeiz verblendeten militaristischen Parteien. Es ist höchste Zeit, diese Mißverständnisse zu beheben und die alten Beziehungen wieder herzustellen; wenn das nicht geschieht, so würde nicht nur China dem größten Elend preisgegeben sein, sondern es könnten daraus auch noch internationale Kämpfe entstehen, was jedenfalls gegen das Interesse der ganzen Menschheit wäre. Ich hoffe, daß die Völker aller Staaten die Notwendigkeit, diesem Zustand ein Ende zu machen, nicht aus den Augen verlieren.

Die erste Ursache, die den gegenwärtigen Konflikt vorbereitet und herbeigeführt hat, liegt in dem Haß, den das chinesische Volk den Christen geschworen hat. Allerdings das Ziel der fremden Missionäre, andern Gutes zu erweisen, ist sehr lobenswert. Doch im allgemeinen wollen die gutdenkenden Chinesen um nichts in der Welt die Religion aufgeben, die ihnen von ihren Vätern kommt, um eine andre anzunehmen, welche ihnen vollkommen fremd ist; daraus folgt, daß die Neubekehrten leider in großer Zahl unehrliche Leute sind, welche sich unter dem Deckmantel der Kirche verborgen, um sich ihren bösen Leidenschaften hinzugeben, als da sind: gefährliche Prozesse anzuhängen und ihre Landleute zu schädigen und zu berauben. Die Empfindungen des Volks, die anfänglich nur Jern und Entrüstung waren und nicht von gestern stammen, haben sich nun in einen unerbittlichen Haß gewandelt, dessen Wutausbrüche man nicht mehr eindämmen kann. Die Chinesen wollen sich ebensovwenig zum Christentum bekehren, als sich die Europäer zu den Lehren des Konfucius bekehren wollten.

Meine persönliche Ansicht ist, daß die Handelsbeziehungen zwischen China und den auswärtigen Mächten so weit erweitert werden können, als man nur will, aber was die religiöse Frage betrifft, so wäre es klüger, jeden seinen Glauben respektieren zu lassen, wie er es will; dies wäre geeignet, die Zukunft vor weiteren Konflikten zu bewahren. Ich weiß nicht, ob die fremden Regierungen endlich die ganze Wichtigkeit dieser Frage erkennen werden, um auf jene Bestimmungen ein für allemal zu verzichten.

Ich glaube, alle Ihre Fragen beantwortet zu haben und gebe Ihnen die Versicherung, daß ich stets erfreut sein werde, mich Ihnen gefällig und nützlich zu erweisen.

Empfangen Sie usw. Der Minister von China: Heng-Fu.

Partei-Nachrichten.

Eine bemerkenswerte Trauerkundgebung für Wilhelm Liebknecht

veranstalteten am 14. August die Parteigenossen in New York. In zwei von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlungen wurden unter enormem Andrang englische und deutsche Ansprachen gehalten von Matthei, Lee, Wallum, Hillquit, Jones, Schäfer und Pattberg. Arbeiter-Gesangvereine erhöhten durch Gesänge die Weisheit der Feier.

In beiden Versammlungen wurde, von den Anwesenden stehend angelesen, das nachfolgende „Memorial an die Arbeiter Amerikas“, das uns in deutscher Uebersetzung zugeht, verlesen und acceptiert:

Wir, die sozialistischen Arbeiter der Stadt New York, am 14. August 1900 in Massenversammlung vereinigt und von dem Wunsche befeuert, unsren Gefühlen über den schweren Verlust, den die proletarische Bewegung durch den Tod Wilhelm Liebknechts erlitten hat, passenden Ausdruck zu geben, richten bei dieser Gelegenheit das folgende „Memorial“ an die Arbeiter Amerikas:

Mitarbeiter, der Tag hat plötzlich von dem Schlachtfelde, auf welchem der Kampf zwischen Arbeit und Kapital ausgefochten wird, den hervorragendsten Streiter für die Rechte der Arbeit entfernt: Wilhelm Liebknecht.

Selbst während unseres ununterbrochenen Kampfes um unsre Existenz gegen unsre Ausbeuter muß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sich den Namen Wilhelm Liebknecht gegenwärtig halten und sich dessen erinnern.

Der nun Dahingewesene hätte seine Fähigkeiten und Talente in den Dienst unsrer Herren stellen und alle Annehmlichkeiten des Lebens genießen können. Aber er sah die Müßiggänger in Macht und Reichtum schwelgen und die Armen in Not und Elend leiden, und er wandte sich ab und wählte sein Schicksal dem Schicksal unsrer enterbten Klasse. Sein flammdes Wort für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Müßiggängerei der Lohnarbeiterschaft unsterbliche den Erdball und erweckte Millionen unsrer Willkür.

Fünfzig Jahre seines Lebens widmete er unsrer Sache. Sein Lohn war Verfolgung in jeder Form seitens unsrer Ausbeuter. Oft eingekerkert, auf ein Jahrzehnt aus seinem Vaterland verbannt, von seiner Familie getrennt, und welche Leiden er sonst noch für die Sache der Arbeiter erduldet hat. Aber furchtlos und unerschrocken und immer gewaltiger tönte sein Ruf an das Ohr der Arbeiter: „Arbeiter, vereinigt Euch gegen eure Ausbeuter! Organisiert Euch als Klasse!“

In den Reihen der Kapitalisten verursachte der Name Wilhelm Liebknecht Schrecken und Verwirrung, denn dieser Klasse gegenüber war er ebenso unverwundlich wie voll von Hingabe für die übrige.

Wilhelm Liebknecht ist nicht mehr! Er starb.

Er war ein Held in der öffentlichen Arena. Aber die Regierungen der Welt werden wegen seines Todes wahrlich keine Trauer-Choräle anstimmen, noch deswegen ein düsteres Trauer-Gepänge entlassen. Auch die Presse, die Handlangerin des Kapitalismus, wird nicht viel Aufhebens davon machen.

Der Kapitalismus wird keinen Kummer empfinden. Der Kapitalismus wird frohlocken! Aber der Name Wilhelm Liebknecht wird ein Inhimmedwort in allen Jungen, und die That seines Lebens werden noch ein Antrieb zu edler Nachahmung sein in allen Landen, lange nachdem der Kapitalismus überwunden ist. Und ewig wird sein Gedächtnis leben in den Herzen von Millionen Arbeitern, welche jetzt trauernd an seinem ewigen Grabe stehen.

Der Vorposten der Revolution ist zur ewigen Ruhe eingezogen. Und für uns Socialisten, welche wir Wilhelm Liebknecht in schweren Stunden stets mit Rat und That an unsrer Seite fanden; welcher Schmerz für uns, unsren geliebten Genossen und bewährten Führer verloren zu haben!

Von den Photographien von Liebknechts Leichenbegängnis ist jetzt in der Buchhandlung Vorwärts eine größere Ausgabe zu 1 M. pro Blatt erschienen. Diese Aufnahmen, mit der prächtigen Oberbaumbrücke im Hintergrunde, sind ihrer Größe wegen natürlich noch deutlicher und schärfer als die kleinere Ausgabe; sie geben in sehr guter Reproduktion die nachstehenden vier Gruppen wieder: 1. Die Eröffnung des Juges durch den höchsten Wahlkreis mit Russl und Bannce. 2. Die Leichen- und Kranztragen mit dem Trauergefolge. 3. Parteivorstand, Reichstags-Abgeordnete, Stadtverordnete etc. Ausländische Delegierte.

Zur Geschäftsordnung des Parteitags.

Ein Parteigenosse erucht um Veröffentlichung des Folgenden: Gelegenheit der Wahlen zum Mainzer Parteitag hat Genosse Zubeil darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, daß auf den Parteitagen die Wahlkreise mit großer sozialdemokratischer Mitgliedschaft von denen mit einer kleinen Anzahl von Parteigenossen überstimmt werden können. Besonders bedenklich erscheint das bei Fragen, wie die der Beteiligung an den Landtagswahlen. Es könnte leicht dahin kommen, daß nach erfolgtem Majoritätsbeschluss für die allgemeine Beteiligung seitens der Segner der Beteiligung der Einwohner erhoben würde, die Majorität der Parteitags-Delegierten habe in der That nur eine Minorität der Parteigenossen vertreten. Eine solche Rechnung wäre nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, eine ganz ähnliche ist z. B. sozialdemokratisch bereits aufgestellt worden, als es nachzuweisen galt, daß trotz der für die Militärvorlage stimmenden Majorität im Reichstag doch die Majorität des deutschen Volks gegen dieselbe ist — man addierte einfach die Wahlstimmen. Das gleiche Verfahren würde in unserm Fall nicht anzuwenden sein, da die Wahl der Delegierten nicht von der Stellungnahme zur Landtagswahlfrage abhängig gemacht wurde; aber auch in andern Fällen ginge es nicht an, da ja dann z. B. die Versammlungsmajoritäten, die für einen Anhänger der Beteiligung gestimmt hätten, nicht berücksichtigt wären.

Hieraus ergibt sich schon die große Schwierigkeit, eine einwandfreie Abstimmungsform zu finden. Immerhin könnte man versuchen, durch eine Bestimmung der Geschäftsordnung den größeren Wahlkreisen gerecht zu werden. Schon auf dem Dresdener Parteitag wurde diese Frage angeregt. Man könnte z. B. in der Geschäftsordnung bestimmen:

„Auf Antrag von 50 Delegierten hat die Abstimmung nach Wahlkreisen stattzufinden. Ein solcher Antrag geht einem eventuell auf namentliche Abstimmung gestellten vor. Bei der Abstimmung nach Wahlkreisen hat jeder Kreis mit weniger als 2000 Wählern bei der letzten allgemeinen Hauptwahl zum Reichstag eine Stimme, von 2000—5000 zwei Stimmen, von 5000—10000 drei Stimmen und für jedes weitere volle 10000 eine weitere Stimme. Hat der betreffende Kreis mehr als einen Delegierten, so haben sich diese über einen Stimmführer zu einigen. Kommt bei der Vertretung durch zwei Delegierte eine Verständigung nicht zu Stande, so enthält sich der Kreis der Abstimmung. Hat ein Delegierter mehrere Mandate, so darf er trotzdem nur für einen Wahlkreis Stimmführer sein.“

Gegen diese oder ähnliche Bestimmungen können eine Reihe von Einwendungen gemacht werden: Man hat angeführt, hierbei bleiben die Teilnehmer am Parteitag (namentlich die Reichstags-Abgeordneten), die kein besonderes Mandat befehlen, von der Abstimmung ausgeschlossen. Angenommen, das sei ein Fehler, so ist ihm leicht abzuhelfen, indem man den anwesenden Reichstags-Abgeordneten je eine Stimme zubilligt, das würde etwa darauf hinauskommen, daß man den Einfluss derjenigen Wahlkreise vergrößert, in denen die Socialdemokratie bei der letzten Wahl die ausschlaggebende Partei war.

Man hat weiter gesagt, das Verfahren sei undemokratisch, da es Delegierte verschiedener Grades schaffe. Dem ist entgegenzuhalten, daß es nicht darauf ankommen kann, den demokratischen Schein im Abstimmungsfall zu wahren, sondern dem demokratischen Majoritätsprinzip möglichst nahe zu kommen. Ich füge hinzu, daß auf diese Weise ein Fehler gut gemacht wird, dessen Vorhandensein der Reichsregierung zur Last fällt. Würde, wie es die Verfassung vorschreibt, für je 100 000 Seelen ein Reichstags-Abgeordneter gewählt, bildeten also 100 000 Seelen einen Wahlkreis, so würde zum Beispiel Hamburg hundert Wahlkreise statt dreier bilden, und würde auf Grund des Organisationsstatuts das Recht haben, zum Parteitag 18 Delegierte zu entsenden, während es sich heute nur durch neun Personen vertreten lassen darf.

Soll man warten, bis die Reichsregierung sich entschließt, die längst erforderliche Wahlkreise-Einteilung vorzunehmen? Es scheint nach alledem billig, den oben gemachten Vorschlag wenigstens ernstlich zu erwägen. Ein Zeitverlust dürfte dem Parteitag selbst kaum erwachsen, da eine Abstimmung nach Wahlkreisen höchstens dann beantragt werden wird, wenn man sonst eine namentliche Abstimmung herbeigeführt haben würde.

Eine Parteiversammlung in Stuttgart beschäftigte sich mit dem Entwurf des Parteivorstandes zur Abänderung des Organisationsstatuts.

Nach längerer Debatte faßte man einen Beschluss, der die neue Bestimmung über die Bedingungen der Parteizugehörigkeit ablehnt, während die neue Ausschlussbestimmung gebilligt wurde. Weitere Beschlüsse zum Parteitag wurden nicht gefaßt.

Politisches, Gerichtliches usw.

— Von der Strafkammer in Glogau wurde Genosse Stolpe in Glogau zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er Angehörte der Firma Benschel in Glogau durch eine Versammlungsrede beleidigt haben sollte. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt, trotzdem Stolpe für die Gerichte noch ein unbedarbenes Blatt Papier ist. Das Urteil erster Instanz hatte auch auf einen Monat Gefängnis gelaute.

— Zwei Verleumdungsprozesse wurden am Donnerstag von der Strafkammer in Halle gegen den Redacteur des „Vollblatts“, Genossen Thiele, verhandelt. In dem einen Fall handelte es sich um Verleumdung der Mitglieder des Oberlandesgerichts und der Staatsanwaltschaft Rumburg und im andern Fall um Verleumdung des Diafonus Pallas in Herzberg. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen und drei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 300 Mark ev. 30 Tage Gefängnis und 600 Mark ev. 60 Tage Gefängnis nebst Publikationsverbot und Unbrauchbarmachung der in Betracht kommenden Nummern des „Vollblatts“.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Buchbinder, Kontobuchhalter und verwandte Berufsgenossen.

Kollegen und Kolleginnen! Sammel heute abend in allen Werkstätten rege auf die Listen des Widerstandsfonds! Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Den Tarifbestrebungen der Buchbinder wird seitens der Prinzipale nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt. In Leipzig wurde nach der Lohnbewegung von 1896 zwischen Gehilfen und Prinzipalen im Jahre 1897 ein Tarif vereinbart, der bis 31. August dieses Jahres Gültigkeit hat. Mit Ablauf dieses Termins beabsichtigen die Gehilfen mit dem in neuerer Zeit entstandenen Unternehmer-Verband einen für ganz Deutschland gültigen Tarif zu vereinbaren.

Die drei für den Buchhandel hauptsächlich in Betracht kommenden Städte: Leipzig, Berlin und Stuttgart haben bereits eine Revision der bisher bestehenden Tarife den Prinzipalen eingereicht, konnten aber erst nach wiederholtem Drängen und auf eine Anfrage der Centralleitung des Buchbinder-Verbands eine Antwort von den Unternehmern erhalten. Der Vorstand des Buchbinder-Gehilfen-Verbands erklärte, mit der Annahme eines neuen Tarifs auf ganz neuer Grundlage beabsichtigt zu sein und nach Feststellung desselben — die voraussichtlich bis September erfolgt sein soll — den Gehilfen bekannt zu geben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erklärten in diesem Vorgehen eine beabsichtigte Verletzung der Tarifbewegung und deshalb haben in den drei oben genannten Städten, sowie auch in einigen kleineren Städten die Buchbinder-Arbeiter und Arbeiterinnen Forderungen gestellt, um deren Verwirklichung es in den nächsten Tagen wahrscheinlich zu einer Arbeitsniederlegung kommt.

Die Leipziger Fabrikanten beabsichtigen neuerdings, durch ein den Arbeitern zugehendes Circular diese durch Unterschreift zu verpflichten, den alten Tarif bis 31. März 1901 als zu recht bestehend anzuerkennen, falls ein neuer Tarif nach Ablauf des bisherigen nicht zur allgemeinen Annahme gebracht werden kann.

Die Arbeiter werden gut thun, auf keinerlei Sonderabmachungen einzugehen.

Achtung, Holzarbeiter! Die in den Trebbiner Lignitfabriken beschäftigten Drechsler, Tischler, Bildhauer und Maschinenarbeiter haben bei ihren Unternehmern eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnaufschlag, Vermeidung der Nachfeierabendarbeit, sowie Abbringung von Ventilation in den Arbeitsräumen eingereicht. Deshalb bitten wir die Kollegen der obengenannten Verufe, den Zug nach Trebbin fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung, J. A.: Albert Trebus.

Die Differenzen in Oberwalde auf dem Bau des Steinsehermeisters Hiller sind zu Gunsten der Steinseher erledigt. Auf Anrufen des Verbandsvorstands haben dieselben das Anerbieten des Herr H. 55 Pf. Stundenlohn zu zahlen, acceptiert und gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Jedemfalls dürfte der betreffende Unternehmer aus diesem Vorfall die Lehre gezogen haben, daß es nicht gut ist, Arbeiter unangemessen zu behandeln, besonders wenn dieselben organisiert sind.

Die Manier in Danzig, die im Streit standen, haben ihre Forderungen siegreich durchgesetzt. Der Streit ist damit beendet.

Der Verband der Holzindustriellen in Leipzig will die gegenwärtige ungünstige Geschäftslage zu einem Schläge gegen die neuzeitliche Arbeitszeit benützen. In der Holzfabrik von Zimmermann in Röllau wurde, so berichtet die „Leipz. Volksztg.“, wie in andern Fabriken der Betrieb wesentlich eingeschränkt. Es wurden sowohl Arbeiter entlassen, als auch der verbleibenden das Arbeitspensum so beschränkt, daß sie nur fünf Tage in der Woche Arbeit hatten.

Dafür aber wurde am Samstag bekannt gemacht, daß die tägliche Arbeitszeit um 1/2 Stunden verlängert werde.

Die Arbeiter waren über diese Bekanntmachung ganz „daff“. Der Fabrikant hielt es für angebracht, die Herren Gehilfen Zimmermann darüber zu interpellieren, worauf diesem von Herrn Zimmermann erklärt wurde, daß sich dies nicht ändern lasse, er sei zu diesem Schritt gezwungen und zwar durch den Verband der Holzindustriellen.

Gestern Mittwochsabend fand eine Werkstättenversammlung statt, in der energisch gegen das Vorgehen der Arbeitgeber protestiert wurde; außerdem wurde eine Kommission gewählt, die mit der Geschäftsleitung wegen Einhaltung der vereinbarten täglichen neuzeitlichen Arbeitszeit in Verhandlung treten soll. Nach der Verhandlung hatte diese Kommission der Verwaltung der Holzarbeiter sofort Nachricht zu geben. Als nun die Geschäftsleitung von der geplanten Fabrikversammlung Kenntnis erhielt, ließ sie durch einen Beauftragten dem Fabrikant mitteilen, daß sie nichts ändern könnten, sie müßten dem Beschluss des Verbands der Holzindustriellen gerecht werden, auch würde in der Fabrik der Herren Feurich, Blüthner usw. vom Montag an dieselbe verlängerte Arbeitszeit eingeführt werden. Die Arbeiter werden sich diesem Plan energisch widersetzen.

Der Streik der Lederarbeiter in Mainz, an dem 500 Mann beteiligt sind, nimmt insofern besonderes Interesse in Anspruch, als er einen der vielgerühmten patriarchalischen Musterbetriebe betrifft. Die „Mainzer Lederwerke“, deren erster Chef der Geheimkommerzienrat St. C. Rayer, Standesherr, Handelskammerpräsident, Stadtverordneter, vielfacher Aktionär und Millionär ist, haben es trotzgehens hindurch verstanden, sich durch alle nur erdenklichen logenannanten Wohlfahrtsmaßnahmen in der Öffentlichkeit den Ruf lautester Arbeiterfreundlichkeit zu erwerben; aber ebensovgen verstanden sie es, die Arbeiter von jeder Gewerkschaftsorganisation fernzuhalten.

Die Vertreter der Wohlfahrtsmaßnahmen war ein durchschnittlicher Tagelohn von 3 M. bei 11 stündiger Arbeitszeit. Das endlich öffnete auch den Arbeitern dieses Musterbetriebs die Augen; 4/5 derselben organisierten sich und wandten sich mit Gesuchen um Aufhebung ihrer Lage an die Direktion. Die Direktion hielt es nicht der Mühe wert, zu antworten. Da wurden Forderungen gestellt: 10 stündige Arbeitszeit; 10 Proz. Lohnaufschlag; 25 Proz. für Ueberstunden und Sonntagarbeit; 50 Proz. für Nachtarbeit; Einigung eines Arbeiterausschusses, hervorgegangen aus geheimer Wahl. Antwort: Entlassung von 20 bis 25 Arbeitern, darunter die Vorstandsmitglieder des Verbands der Fabrik- u. Arbeiter, dem die Arbeiter angehören. In einem Schreiben, zu dem sich die Firma jetzt noch herbeiließ, verbat sie sich jede Einmischung des Verbands in ihre Arbeiterangelegenheiten. Gleichzeitig wurde nach berühmten Mustern ein allerhöchster Erlaß angehängt, daß jeder, der nicht mittags 1 Uhr pünktlich zur Arbeit komme, als entlassen zu betrachten sei und laut Fabrikordnung den Wochenlohn verliert habe.

Der Erfolg war ein unerwarteter. In einer sofort einberufenen Versammlung, an der sämtliche Arbeiter teilnahmen, wurde die sofortige Arbeitsniederlegung beschlossen und nur 12 Arbeiter blieben zur Fabrik zurück.

Die Streikenden riefen nun durch den Vorsitzenden des Verbands der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter und den Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes das Gewerbegericht Mainz als Einigungsamt an. In einem Schreiben bedeutete jedoch die Direktion der Lederwerke dem Gewerbegericht - Vorsitzenden, daß wir bereits mit unsren Arbeitern direkt unterhandeln und außerdem das Gewerbegericht auf Ansuchen außerhalb ihres Bezirkes stehende Personen angerufen sei, lehne sie das Gewerbegericht als Einigungsamt ab. Doch nochmals wandte sich das Gewerbegericht an die Direktion, nunmehr auf Verlangen der Streikenden direkt, aber bis zur Stunde hat es noch vergeblich auf eine Antwort.

Dagegen erhielt ein Mitglied der Streikkommission eine Zuschrift der Firma, worin sie den Befehl der ersten Arbeitsstunde sowie für Ueberzeit einen zehnprozentigen Aufschlag anbietet bei Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Montag. Diese durchaus ungenügenden Zugeständnisse vermochten jedoch nicht, die Arbeiter von ihren Forderungen abzubringen. Sie sind fest entschlossen, auszuhalten bis zur Bewilligung des Beforderten. Arbeitswillige sind nicht zu verzeichnen und es ist zu hoffen, daß das Solidaritätsgelübde der deutschen Arbeiter dies auch ferner verbindend wird. Etwa die Hälfte der Ausständigen hat vorläufig Beschäftigung bei Erdarbeiten gefunden.

Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Eine stark besuchte Generalversammlung des „Arbeitslosen-Vereins“... Eine stark besuchte Generalversammlung des „Arbeitslosen-Vereins“...

Mit der Bitte um Abdruck erholten wir folgende Zuschrift: In Nr. 105 des „Vorwärts“ bringen Sie unter der Rubrik über den Verbandsrat der Orts-Krankenkassen-Beamten die Mitteilung, daß im Interesse des Krankens eine Halbierung der Verwaltung sowohl als der Beiträge wünschenswert wäre.

Aus der Frauenbewegung.

Die Buchbinderinnen in der Lohnbewegung.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Buchbinderinnen fand am 23. d. M. im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt, um zu der begonnenen Lohnbewegung Stellung zu nehmen. Der neue Tarif, welchen die organisierten Arbeiter den Unternehmern unterbreiteten, enthält einige Erhöhungen, angefaßt der herrschenden Teuerung eine durchaus gerechtfertigte Forderung, die wohl als Mindestmaß gelten kann.

Bei aller Ueberzeugung von der Gerechtigkeit der Forderungen wurde die Wahrscheinlichkeit eines ersten Lohnkampfes von dem Vorsitzenden, Herrn Ohtomski, und Frä. Weder, beide Mitglieder der Lohnkommission, nicht verschleiert; sie wiesen nur auf die dringende Notwendigkeit eines festen Zusammenstehens hin, als bester Bürgschaft für den Erfolg der guten Sache.

Das Thema der Referentin, Frau Jhrer: „Der schließt die Arbeiterin vor Not und Gefahr?“ schloß sich eng an die brennende Tagesfrage an. Eine seltsame Frage in einem Kulturstaat, dem wir doch angehören sollen. Doch es keine Aufgabe nicht nur, sondern sein eigentlicher Zweck ist, die Schwachen zu schützen, bedürfte keiner näheren Aufklärung; doch ist unser Staat zunächst Klassenstaat, und damit verschließen sich auf seine Ziele und Aufgaben. Er hat zu viel mit dem Schutz der Vornehmen, der Reichen zu thun, um Kraft und Zeit für die Armen zu behalten. So wäre der nächste, der Schutz bietet, der Arbeitgeber, der sich ja gern den Protzgeber nennt. Aber gehen nicht vielmehr ihm die Arbeiter das Brot — freilich ein reichlicheres als ihnen zu teil wird. Lebt nicht der Millionär von der Arbeit der vielen Hände derer, die er so wenig schützt, daß eine besondere Schutzgesetzgebung nötig wurde, um die zahlreichste Klasse des Volks vor der drohenden gänzlichen Auszehrung und Vernichtung zu schützen? Der Schutz, der einzige, der dem Arbeiter bleibt, ist die Selbsthilfe. Freilich nicht die des einzelnen Schwachen und Verlorenen, sondern die der Koalition, soweit sie sich derselben anschließen können.

Seite an Seite arbeiten Mann und Frau, mögen sie auch so kämpfen für Besserung ihrer Lage. Nicht länger halte die Arbeiterin sich zurück, in Angst vor dem „Herrn“, dessen Befehle ihr als Zwang erscheinen, dem sie sich nicht entziehen mag. Kein Wunder, daß sie als Arbeiterin gesucht und vorgezogen wird, besonders die Verheiratete, die Familienmutter. Denn sie erhält nicht nur geringen Lohn, sie arbeitet auch eifriger, unermüdbarer — ist es doch Brot für die hungernde Aiderbinder, dessen sie bedarf. Die Berichte der Fabrikinspektoren lassen hierüber keinen Zweifel. Der Vorwurf, sie wolle nur nicht ruhig in ihrem Heim bleiben, ist so grundlos, als heute bei den bestehenden Verhältnissen die Forderung thöricht, man solle ihr die Arbeit verbieten. Dann befehle man doch zuerst den Arbeitgebern, Löhne zu zahlen, welche es dem Mann möglich machen, die Familie ohne weitere Beihilfe zu erhalten.

In der Großindustrie (über 20 Arbeiter im Betriebe) waren im Jahre 1875 81 233 Frauen beschäftigt, im Jahre 1895 schon 134 917. Hier von entfielen auf die Papierbranche 1882 30 054, im Jahre 1895 46 046 weibliche Arbeiter, unter ihnen 6390 verheiratete. Die Kindersterblichkeit von 50 Proz. unter der Fabrikbevölkerung redet deutlich genug, so auch die Krankenlisten-Berichte von der fürchterlichen Not der Lage. Aber nur sie selbst, nur die Arbeiterin, kann sich helfen, und nur durch Anschlag an die ihr zunächststehenden. Denken Sie ja nicht gering von der Organisation und ihren Machtmitteln. Rechnen Sie z. B. ihren eigenen Verband. Seine Ausgaben im Jahre 1899 betragen:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes items like 'Verbandsorgan', 'Streik im Beruf', 'Lohn-Unterstützung'.

Gleichberechtigung erwerbend, welche Ihnen auch bei der fleißigsten Arbeit verweigert bleibt, so lange diese dem Unternehmer zu Gute kommt, der sie rücksichtslos auspreßt — würde er Ihnen sonst niedrigere Löhne geben für gleiche Leistung als den männlichen Kollegen? Kämpfen Sie für Ihre gemeinsamen Rechte, für Ihren Anspruch auf freies Menschentum.

In der lebhaftesten Diskussion, welche folgte, erstieg stets aufs neue der Ruf zum Beitritt in den Verband. Das Recht der Koalition ist für Einsichtige zugleich eine Pflicht sowohl für sich selbst als den Genossen der Arbeit gegenüber. Vielfach wurden auch Mängel der Gesetzgebung, die in den verwandten Berufen vorliegen, z. B. der Luruspapier-Branche, deren Arbeiter so rücksichtslos sind, daß sie es zu keiner Lohnbewegung bringen.

Ein ganz besonders drastischer Fall von Unternehmer-Moberei sei aus der Fülle der Klagen mitgeteilt: In einem Geschäft wurde ein Mädchen unter 16 Jahren mit 5 W. Wochenlohn angestellt, erhielt aber nur 3 W. Als die Mutter dem Unternehmer klagte, sie könne das Mädchen für 3 W. nicht ernähren, gab ihr der Gemütskranke zur Antwort: „Dann muß sie die Röcke hochheben und das Straßenpflaster treten.“

Herr Ohtomski teilte einen Bericht der „Volks-Zeitung“ über eine stattgehabte Versammlung der Unternehmerorganisationen mit, bei welchen auch die Junger vertreten war. Auch der Ausschuß der Arbeiterorganisation habe nach diesem Bericht den Verhandlungen beigewohnt. Dies bezeichnet er als unrichtig. Sie hätten allerdings 4 Mitglieder dorthin abgeordnet, um erforderlichenfalls den Verband zu vertreten. Aber sie blieben in den Restaurationsträumen; man bedurfte ihrer nicht bei den Herren. — Daß der Tarif, wie er steht, angenommen werde, sei nicht zu erwarten; es werde vielmehr ein sehr ernst Kampf geben. Um so nötiger sei es, daß alle Arbeitenden sich der Organisation anschließen. Dann könne man mit Bestimmtheit darauf rechnen die Sache siegreich durchzuführen.

In einem Schlusswort faßt die Referentin nochmals das Ergebnis der Besprechung zusammen: In Ihrer Hand, der Hand der Frauen, liegt das Schicksal der begonnenen Lohnbewegung. Sie können zum Siege oder zur Niederlage mitwirken. Denn auf Sie hofft der Unternehmer, er rechnet darauf, daß Sie, oder doch die große Mehrheit unter Ihnen als Arbeitswillige ihm behilflich sind, indem er die Forderungen Ihrer Genossen ablehnt. Sie sind das Bindeglied an der Waage; — sorgen Sie, daß die Waage auf die Seite der Gerechtigkeit neigt.

Der oft säumliche Verkauf, welcher die Ausführungen begleitete, läßt hoffen, daß die Anwesenden, soweit sie noch nicht organisiert waren, den Willen des Vorsitzenden benutzten, welcher mitteilte, das Bureau der Gewerkschaft bestünde sich im Gewerkschaftshaus und sei bereit, Beiträtsklärungen entgegenzunehmen. Möchte der Enthusiasmus nachhaltig genug sein, um einen siegreichen Kampf durchzuführen.

Mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation schloß die Versammlung.

Versammlungen.

Für die Maler von Berlin, Rixdorf und Charlottenburg hatte das Agitationskomitee der Vereinigung der Maler zc. am Donnerstag eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Es handelte sich um die Frage, ob die Maler eine Lohnbewegung einleiten wollen. — Nachdem man das Aussehen des verstorbenen Genossen Lieblich in der köstlichen Weise gezeichnet hatte, nahm Lind zu einem einleitenden Referat das Wort. Er wies darauf hin, daß zwischen dem Junger-Vorstand und dem Gehilfen-Ausschuss eine Vereinbarung getroffen ist, wonach der Minimallohn für Malergehilfen fünfzig Pfennig betragen soll. Diese Vereinbarung gilt bis zum Ablauf dieses Jahres. Sie ist aber, wie der Redner weiter ausführte, von einem Teil der Geschäftsinhaber, auch von größeren Firmen, nicht imgehalten worden. Nicht selten ist es vorgekommen, daß wenn Gehilfen sich auf diese Vereinbarung berufen und 50 Pf. verlangten, der betreffende Meister ihnen sagte: Wenn Sie 50 Pf. haben wollen, dann kann ich Sie nicht beschäftigen. In andern Fällen seien immer diejenigen Gehilfen, die auf Umgehung der Vereinbarung beharren, beim Nachlassen der Arbeit zuerst entlassen worden. — Unter allen Bauarbeitern, mit Einschluß der ungelerten Hilfsarbeiter der Maurer, seien die Maler am schlechtesten gestellt. Während alle übrigen Kategorien des Baugewerbes in den letzten Jahren dank ihrer guten Organisation ihre Löhne verbessern konnten, hätten nur die Maler nichts erreicht. Es sei deshalb zu erwägen, ob die Maler nicht endlich eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage einleiten und nach Ablauf der Vereinbarung einen Stundenlohn von 60 Pf. fordern wollen. Die neue Vereinbarung mit den Meistern dürfe aber nicht wieder zwischen der Junger und dem Gehilfen-Ausschuss stattfinden, sondern sie müsse mit der Organisation, der Vereinigung der Maler, und zwar den Filialen Berlin, Rixdorf und Charlottenburg abgeschlossen werden. Leider hätten sich die Maler bisher zu wenig um ihre Organisation gekümmert und deshalb auch nichts erreicht. Jetzt müsse vor allem die Organisation gefördert werden, denn ohne starke Organisation sei eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht denkbar. — Den Ausführungen des Referenten folgte eine lange Diskussion, die zum großen Teil mit Erörterung der Gegensätze zwischen der centralen und der seit kurzem bestehenden lokalen Organisation ausgefüllt wurde. Mit der Forderung eines Stundenlohns von 60 Pf. waren die Vertreter beider Richtungen vollkommen einverstanden, auch darüber herrschte Uebereinstimmung, daß, wenn die Bewegung erst greifbare Gestalt annehme, beide Richtungen zusammenwirken würden. Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die Lohnbewegung trat nur darin hervor, daß diese nach dem Wunsche der Lokalfilialen von Anfang an in öffentlichen Versammlungen behandelt werden solle, während die Centralisten dafür eintraten, daß ihre Organisation die vorbereitenden Schritte thue und die endgültige Entscheidung einer öffentlichen Versammlung vorbehalten bleibe. Es wurde beschlossen, daß das Agitationskomitee in Verbindung mit den Filialvorsitzenden von Berlin, Rixdorf und Charlottenburg die den Meistern vorzustellenden Forderungen ausarbeiten soll.

Die Heizungsmonteur und Geiser beschäftigten sich in einer zahlreich besuchten Versammlung am Donnerstag abends mit der Tariffrage. Bekanntlich ist mit der Junger der Gas-, Wasser- und Heizungsgewerkschaften bereits ein Lohnvertrag vereinbart worden. Dagegen hatten die Verhandlungen mit dem Verband deutscher Centralheizung-Industrieller bisher noch keinen Abschluß gefunden. Nachdem ein Tarifvoranschlag des Unternehmervereins von den Arbeitern abgelehnt worden war, haben neue Verhandlungen zu einem neuen Voranschlag geführt. Räter und Thormann referierten über den Gang der Verhandlungen und erläuterten die einzelnen Punkte des neuen Tarifentwurfs. Nach einer lebhaften Debatte stimmte die Versammlung diesem mit Ausnahme des Punktes 2. Der Entwurf sieht vor:

- 1. Neunstündige Arbeitszeit einschließlich Material-Empfang von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit zweistündiger Pause. Diejenigen Firmen, welche als Mitglieder des Gesamt-Verbands deutscher Metall-Industrieller bezw. eines seiner Lokalverbände auf eine andere Arbeitszeit verpflichtet sind, behalten diesem Beschluß gegenüber freie Hand.
2. Heizungsmonteur erhalten, wenn sie neu angestellt werden, einen Stundenlohn von 50 Pf. Bereits im Geschäft thätige Monteur erhalten einen solchen Stundenlohn, daß der bisherige Tagesverdienst auch bei neunstündiger Arbeitszeit mindestens erreicht wird. Infolge der Lohnbewegung bereits gewährte Zulagen kommen hierbei in Anrechnung. Für Hilfsmonteur findet dieselbe Lohnberechnung auf Grund eines Minimallohns von 40 Pf. pro Stunde statt. Geiser erhalten nicht unter 35 Pf. pro Stunde.
3. Ueberstunden von 3 Uhr abends bis 6 Uhr früh werden als Nachtarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt, ebenso die Arbeiten an Sonn- und Festtagen, diese aber ohne Zuschlag für Nachtarbeit.
4. Bei Accord-Arbeit wird der festgesetzte Stundenlohn gesichert.
5. Landzulagen für Monteur 3 W. pro Tag, für Geiser 2 W. Die Landzulage wird auch bezahlt für Sonn- und gesetzliche Feiertage.

Wird Kost und Logis gewährt, so treten besondere Vereinbarungen ein.

Die Reisegeld wird laut Lohnarif vergütet, jedoch ohne Zuschläge und Landzulage.

Das Fahrgeld wird für die dritte Wagenklasse verrechnet.

6. Sobald die Arbeitsstelle 3 Kilometer vom Geschäft entfernt ist, wird das vorausgelagte Fahrgeld vergütet. Für Arbeitsstellen, welche mehr als 5 Kilometer entfernt sind, ist Fahrgeld und Fahrzeit zu vergüten.

7. Am Jahrtag findet die Lohnzahlung von 5 Uhr ab und vor den Feiertagen von 4 Uhr ab im Comptoir oder auf dem Bau statt. Die Vesperpause fällt an diesem Tage aus.

8. Auf den Bauten ist ein verschließbarer, mit Heizvorrichtung versehenen Raum zur Verfügung zu stellen.

9. Sämtliche Werkzeuge sind in gutem Zustande zu liefern, desgleichen Eimer und Kugellappen. Hierfür erforderliche Auslagen werden vergütet.

10. Maßregelungen wegen Durchführung des Lohnarifs dürfen nicht stattfinden.

Die unter 2 festgesetzten Minimallohne erklärte die Versammlung in einem Beschlusse für völlig ungenügend. Die Kommission und die Verbandsleitung wurden beauftragt, mit dem Ausschuss des Verbands deutscher Centralheizung-Industrieller von neuem wegen Festsetzung anderer Minimallohne in Verhandlung zu treten und dann am Sonntag, den 2. September, in der Versammlung bei Keller in der Kopenstrasse Bericht zu erstatten. Diese Versammlung soll endgültig entscheiden. — In der Debatte hatten sich die meisten Medner, entgegen dem Vorschlage der Industriellen, für einen Mindeststundenlohn von 55 Pfennig für Heizungsmonteur, von 45 Pfennig für Hilfsmonteur und von 40 Pfennig für Geiser ausgesprochen. — Im Laufe der Diskussion wurde die Notwendigkeit des Anschlusses an die Organisation energisch betont. Verschiedene Medner, besonders Räter, zogen gegen die bürgerliche Schand- und Schmutzpresse zu Felde und empfahlen das Abonnement auf das Arbeiterblatt, den „Vorwärts“.

Kirchenbau, Rathhausbau und Gewerbegericht lautete die Tagesordnung, mit der sich am 21. August eine im Schloß Weichensee abgehaltene Versammlung beschäftigte, zu der sämtliche Gemeindevorsteher unseres Vorortes eingeladen waren. Unser Parteigenosse Gerstenberger, der der Gemeindevorstellung angehört, kritisiert das Verhalten seiner bürgerlichen Kollegen in scharfen Worten. Als es sich um die Beihilfe von 80 000 M. zum Bau einer Kirche gehandelt habe, hätten nur zwei bürgerliche Gemeindevorsteher gegen die Forderung zu stimmen gewagt. Hätte die Socialdemokratie gegen den Rathhausbau an sich auch nichts eingewendet, so hätte sie um so scharfer den Streik bürgerlicher Grundbesitzer um die Frage, wer das Rathhaus möglichst in der Nähe seines Anwesens errichten haben sollte, auf seine niedrigen, von habgieriger Spekulation auszugehen Motive zurückzuführen. Wie anders sei die Angelegenheit des Gewerbegerichts in bürgerlichen Kreisen behandelt worden! Als die Gemeindevorstellung im Februar d. J. die Errichtung des überaus notwendigen Gerichts endlich mit 12 gegen 8 Stimmen beschlossen hatte, sei man auf bürgerlicher Seite verdrückt gewesen und richtig wäre dann auch die Angelegenheit in einer der letzten Sitzungen mit allen gegen die Stimmen unserer und zweier bürgerlicher Vertreter auf ein Jahr vertagt worden. Weshalb seien die Gehnde gewesen, die diesen Verzicht rechtfertigten? Man habe keine juristisch gebildete Person am Orte, die das Institut leiten könne, es lehten Klänge zur Unterbringung des Gerichts; ja der Gemeindevorsteher habe sogar mit dünnen Worten erklärt, daß es, solange er an der Spitze der Gemeinde stehe, in Weichensee kein Gewerbegericht gebe.

Sämtliche Diskussionen erklärte, daß, da alle zur Errichtung eines Gewerbegerichts notwendigen gesetzlichen Formalitäten erfüllt seien, nichts übrig bliebe, als der Klageweg, den die Vertreter der öffentlichen Gewerkschaften ununter befehrten möchten.

Recht interessant waren die Ausführungen des Gemeindevorstere Swoboda, des einzigen aus bürgerlichen Kreisen, der der Einladung gefolgt war. Der Herr teilte mit, daß es sich beim Kirchenbau nicht um 80 000 M., sondern mit Hufen, Amortisation um 200 000 M. handle, eine Summe, die die Steuerzahler in 60 Jahren abzutragen hätten. In der Frage des Gewerbegerichts schloß Herr Swoboda sich der Meinung der Vorrede an. Mein forderte zum Schluß die Anwesenden auf, die Arbeiterpresse mehr als bisher zu beschäftigen. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte die Versammlung das Andenken unsres Vieblincht in würdiger Weise geehrt.

Die Graveure, Elstere zc., Filiale Berlin, hielten am Dienstag im Dredeker Garten eine Versammlung ab, in der Dr. Wehl in einem lehrreichen und beifällig aufgenommenen Vortrag über Alkoholismus und Arbeiterbewegung sprach.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

China.

Wien, 24. August. (W. Z. V.) Von dem österreichisch-ungarischen Schiff „Maria Terezia“ traf ein Telegramm ein, nach welchem am 19. d. Mts. bei Tientsin ein Gefecht stattfand. Die Chinesen wurden von japanischer und amerikanischer Kavallerie mehrmals zurückgeworfen.

London, 24. August. (W. Z. V.) Eine in Tschifu am 23. d. M. vom General Caseler aufgegebenes Telegramm besagt: Die Verluste der Engländer sind sehr gering, die der Japaner schwer. Nach Aufzählung von Einzelheiten über die Teilnahme von Kämpfern der verschiedenen Regimenter erklärte Caseler, es seien nur noch sehr wenig Lebensmittel vorhanden; aber es seien Veranoaltungen für Zufuhren getroffen, es sei heute (den 23. August) ein Angriff auf die kaiserliche Stadt beabsichtigt.

Petersburg, 24. August. (W. Z. V.) Dem Generalstab sind nachstehende Nachrichten zugegangen: General Orlov meldet unter dem 17. d. M., daß sich der Feind bei Chorgo sammelt und in drei Kolonnen Chailar vorrückt. Zwei Schwadronen wurden in dieser Richtung zur Reconnoissance vorgeschickt, die zur Mongolen mit ihren Viehherden vorantzen. — Aus Kuldsha, den 22. d. M. wird gemeldet: Der Gouverneur ließ unter die Kalmücken 1000 Magazingewehre verteilen und schickte eine bewaffnete Abteilung einem Warentransport aus Krumtschi entgegen. Die Bevölkerung verhält sich ruhig.

Russische Dampfschiffe, die aus Chorbun nach Chabarowsk am 18. und 19. d. Mts. kamen, berichten, daß die Schifffahrt auf dem Sungari vollkommen frei ist und die Einwohner zu ihren Arbeiten zurückkehren. — General Sacharow rückt am 15. d. M. von Chorbun gegen Alescho vor, wo sich chinesische Truppen sammeln. Chorbun wird besetzt; Ingenieure stellen die Bahn nach Osten zu wieder her.

Das vierte Sibirienregiment hatte auf dem Wege nach Chorbun bei Bogansum ein Gefecht mit Chinesen, die mit bedeutenden Verlusten zurückgeschlagen wurden und flohen. Die Russen hatten keine Verluste.

Washington, 24. August. (Meldung des „Meisterchen Bureau“.) General Chaffee telegraphiert aus Peking vom 18. d. M., er werde mit den andern Kommandanten dahin wirken, daß die Eisenbahn von Taku nach Peking zum Gebrauch der Verbündeten wieder hergestellt werde.

Konstantinopel, 24. August. (W. Z. V.) Wegen des auf dem Schiff „Riger“ der „Messageries maritimes“ vorgekommenen Pestfalls ist gestern der Sanitätsrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden.

Der Transportdampfer „Korea“ polsierte mit 1850 russischen Soldaten und 40 Offizieren auf der Fahrt nach China den Vostporus.

New York, 24. August. (W. Z. V.) Das Kabschiff „Anglia“ hat bis heute mittag 1802 Meilen Kabel gelegt.

Amoy, 24. August. (W. Z. V.) In weiterer Umgegend von Amoy wurden zahlreiche Stationen amerikanischer und englischer Missionen kürzlich vom Wibel nach vorheriger Plünderung durch Feuer zerstört. In der Nacht auf heute wurde in der Stadt ein kleiner japanischer Tempel verbrannt. Der japanische Konsul ließ zum Schutz seiner Landesangehörigen Marinesoldaten landen.

Kongress der Schneider und Schneiderinnen.

Halle a. S., 23. August.

Nach der Verlesung dreier Begrüßungsreden aus Lungenberg, Stralburg und London erstattet der Vorsitzende Holzhauser den Bericht des Vorstandes. Daraus ist erwähnenswert, daß die in der letzten zweijährigen Geschäftsperiode insamleten gewesenen Lohnbewegungen teils zu guten Erfolgen geführt haben. Die dafür aufgeführten Ausgaben belaufen sich auf 56.392,95 M. Redner fordert am Schluß seines Vortrags auf, jeder Delegierte möge an den Bericht kritisch und öffentlich Kritik üben, damit die Verhandlungen für die Zukunft von Vorteil und zum Nutzen für den Verband sein mögen. Nach dem vom Kassierer Käning gegebeneu Kassenbericht befreit sich die Gesamteinnahme vom 3. Quartal 1898 bis inkl. 2. Quartal 1900 auf 250.250,97 M., die Ausgabe auf 147.008,16 M. Darauf gab der Vorsitzende des Ausschusses Nögge-Romheim den Bericht über die Tätigkeit dieses Instituts und dann wurde wie üblich Entlohnung erteilt. Als besonders bemerkenswert verdient hoch hervorgehoben zu werden, daß Strafen und Äußerungen für Angehörige der Organisation ganz bedeutend gestiegen sind. Diese Steigerung wird mit Recht auf den neuen Kurs zurückgeführt. Bei der Beendigung der Vormittags-Sitzung wurde ein Glückwunschkreis vom Vorstand des Schweizerischen Verbands verlesen.

Heber Punkt 7 der Tagesordnung: „Das Unterstützungswesen, referierte ebenfalls Käning. Er wies darauf hin, daß es noch Kollegen gebe, die da sagen, je mehr das Unterstützungswesen ausgebaut werde, um so mehr verliere die Organisation den Charakter der Kampforganisation. Bei dem Verband der Schneider habe sich das Gegenteil herausgestellt. Denn nach der Einführung der Krankenunterstützung im Verbande habe die Zahl der Mitglieder und auch die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe ganz bedeutend zugenommen.

Nach einer Abkündrede des französischen Delegierten und einer Erwiderung des Vorsitzenden wurde dann die Sitzung geschlossen.

Takales.

Das Herbstvermögen des vierten Wahlkreises (Ch) findet am morgigen Sonntag bei Keller, Köpenickerstraße 26, statt. Das Vermögenskomitee hat alles aufgegeben, um dies fest zu einem ganz besonders interessanten zu gestalten; die Darstellungen verschiedener erster Kräfte, wie des Berliner Ur-Trio, einer Anzahl hervorragender Gesangsvereine u. s. sind freigelegt, das Interesse weiter Kreise zu erwecken. Zahlreichen Besuch erwarten Die Verantwortlichen.

Heber die städtische Wohltätigkeitspflege finden wir in dem kürzlich erschienenen dritten Teil des „Berichts über die Gemeindeverwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1899-00“ einige sehr bemerkenswerte Ausführungen. Der Vermögensvergleich ergibt, daß die abgelassene Verichtsperiode für die städtischen Einnahmen eine „reich gesegnete“ war. Durch Aufwendungen stieg das Vermögen der Einnahmen von 17 1/2 Millionen Mark auf 20 1/2 Millionen. „Aber so groß das Vermögensvermögen an sich auch geworden ist“, sagt hierzu der Bericht, „und so reich die aus demselben fließenden Mittel zur Förderung der Not auch sein mögen, so sind dieselben doch lange nicht genügend, alle an die Stiftungs-Deputation herantretenden und sich fortsetzenden mehrenden Unterstützungsanträge in wünschenswerter Weise zu berücksichtigen. Nur zu oft sehen wir uns zu unzureichenden Mitteln gezwungen. Anträge zurückweisen zu müssen, welche hinsichtlich der Bedürftigkeit und Würdigkeit der Antragsteller wohl begründet sind und der Gerechtigkeit verdienen.“ Das Verhältnis zwischen der Zahl der Hilfesuchenden und der Höhe der verfügbaren Mittel wächst namentlich dann ins Ungemeine, wenn bei einer Sitzung die Vorfrist befristet, vor Verteilung der Unterstützungen eine öffentliche Aufforderung zur Bewerbung zu erfolgen. Infolge einer solchen Aufforderung gingen bei dem Anatorium der Herzog-Verwaltung-Sitzung, aus der nur 46 Unterstützungen zu verteilen waren, in einem Jahre mehr als 2000, in einem andern über 2400 Bewerbungsgesuche ein. Die Annahme, vorläufige Durchsicht, Ordnung und Katalogisierung dieser vielen Gesuche, die notwendigen Erhebungen über persönliche Verhältnisse, Würdigkeit und Bedürftigkeit der Bewerber, die Ermittlungen darüber, wie weit die Bewerber etwa von anderer Seite bereits unterstützt worden sind oder noch unterstützt werden, verursacht stets eine bedeutende Arbeitslast und nehmen eine große Zahl von Arbeitskräften in Anspruch, durch deren Befolgung der städtischen Verwaltung erhebliche Ausgaben auferlegt werden. Sind nun alle diese Vorarbeiten erledigt, so werden die ansammelten Listen mit den Gesuchen und den eingeholten Berichten der Bezirksvorsteher usw. den Mitgliedern der Städtischen Deputation bzw. der Anatorium vorgelegt, damit diese die zu berücksichtigenden Personen auswählen. „Welche Mühe, Sorgfalt und Zeit“, so sagt der Bericht, „ja welche Bewusstseinskämpfe es den Mitgliedern verursacht, aus einer so großen Anzahl von Bewerbern die würdigsten und bedürftigsten auszuwählen, ist unbeschreiblich.“ Diese Schilderung ist nicht übertrieben, sondern entspricht leider den Tatsachen. Die Frage über die Angangbarkeit der Mittel beschränkt sich nicht bloß auf die städtische Wohltätigkeitspflege. Die gleichen Zustände wie hier herrschen einerseits in der städtischen Armenpflege, andererseits in den privaten Wohltätigkeitsvereinen. Es ist immer und überall dieselbe Geschichte — die verfügbaren Mittel reichen, so groß sie sind, dennoch nicht im entferntesten aus, das vorhandene Geld zu lindern. Das ist es, was die Städtische Deputation sich zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten nicht bloß mit der Armenpflege begnügen und höchstens noch mit der Wohltätigkeitspflege ein bisschen nachhelfen, sondern sich zu einer vernünftigen kommunalen Sozialpolitik aufstellen soll, dann erschallt es auf der andern Seite im Oberhaus: Die städtische Armenpflege und die städtische Wohltätigkeitspflege reichen vollkommen aus, und wenn sie nicht ausreichen, dann bleibt immer noch die private Hilfe der Wohltätigkeitsvereine! Es verursacht manchen Reuten, wiewohl sie die Zustände aus eigener Anschauung kennen, angenehmlich nicht die geringsten „Bewusstseinskämpfe“, in dieser Weise der Wahrheit ins Gesicht zu schlagen.

Die in der Anarchistenversammlung Verhafteten sind alle entlassen. Demgemäß wurde am Mittwoch dem Untersuchungsrichter vorgeführt, dann aber auf freien Fuß gesetzt. Aus welchem Grunde die Verhaftung aufrechterhalten wurde, ist wirklich ganz unverständlich, denn Strafbares liegt in der Verhaftung, die dem Beamten Anlaß zur Auflösung der Versammlung gab, keineswegs.

Ein „hängender“ Garten ist jetzt nahe dem Königsplatz zu sehen. Er befindet sich hinter dem Hause des Königsplatz 5 und ist durch den Abbruch dieses Hauses, das durch einen Neubau ersetzt wird, vorübergehend bloßgelegt worden. Das Grundstück hat eine große Tiefe und reicht bis zum von der Kollwitz- und der Morien- und der Klosterstraße gemeinsam benutzten alten Begräbnisplatz an der Ecke der Prenzlauer Allee und der Friedenstraße. Es liegt hier hinter beträchtlich höher als vorn an der Reuen Königsstraße; der Untergrund beträgt etwa neun Meter. Dort oben „hängt“ ein alter, jetzt verwilderteter Garten, dessen steil abfallende Böschung auf steinernen Treppen erstiegen wird. Technische Gärten haben sich auch noch hinter den Nachbargrundstücken erhalten, deren Bodengestaltung von gleicher Art ist.

Der hoch gelegene rückwärtige Teil dieser Grundstücke gehört mit dem angrenzenden in gleicher Höhe liegenden Teil des Friedhofs zu der ausgedehnten Bodenerhebung, die sich zwischen der Prenzlauer Allee und der Reuen Königs- bzw. Weißbühlenerstraße nordwärts erstreckt. Diese Bodenerhebung, die sogenannte „Prenzlauer Berg“, steigt an der Stelle, wo die Friedenstraße darüber hinwegfährt, bis zu rund 47 1/2 Meter über dem Normal-Nullpunkt der Berliner Sternwarte an, während der Platz vor dem Königsplatz knapp 29 Meter über dem Normal-Nullpunkt liegt. Vor Zeiten befanden sich hier an der Reuen Königsstraße ebenso wie auf den gleichfalls hügeligen Rückseiten der gegenüber liegenden Seite dieser Straße bedeutende Weinberge.

Ein höchst unangenehmes Benehmen trug während des Streiks der Kohlenarbeiter der Gastwirt Fehle, Schönebergerstraße, 13, zur Sache. Der Mann nahm 18 Kohlenarbeitern, die bei ihm verkehrten, die Bücher des Verbands der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ab, um die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Dabei schimpfte der Herr weiblich auf die Organisation. Dem Vertreter des Verbands gelang es nicht, die Herausgabe der Bücher zu erlangen und daher werden gegen den Gastwirt andere Schritte unternommen werden müssen. So viel scheint sicher, daß der Herr den Verlegh von organisierten Arbeitern nicht gern sieht.

Herr Wernicke, Liegnitzerstr. 4, bittet um, zu berichten, daß die Angabe eines Berichterstatters in Nr. 195 unrichtig ist, wonach der Vergolder Wernicke auf der Straße einen Selbstmordversuch unternahm, nützlich ist. W. hat in der Werkstatt aus Versehen anstatt Wasser Seifenpulver getrunken. Die dadurch hervorgerufene Erkrankung war nur unbedeutend.

Eine furchtbare Fahrt machte vorgestern der Rutscher Mühl, der bei der Vangelschloß-Schwanz in Zegel angestellt ist. A. hatte vorgestern nachmittag eine Ladung Weizen auf einem zweispännigen Wagen von Spandau nach Zegel zu bringen. Als sich das Gesäß auf der etwas abschüssigen Straße zwischen Haselhorst und Zegel befand, verlor sich die Ladung und die Pferde wurden scheu. Der Rutscher, der sich auf den Brettern nicht zu halten vermochte, wurde vom Sitz geschleudert. Es gelang ihm jedoch, sich mit beiden Händen an der vorderen Wagengrenze anzufassen und so wurde Mühl, an dem Gesäß herabhängend, mitgerissen. Schließlich drängten die idernen Tiere festlich und nun wurde der unglückliche Rutscher fortgesetzt gegen die an der Chaussee entlang stehenden Wände geschleudert. Erst in der Nähe des Partschens Restaurants gelang es Berliner Ausflüglern, die Pferde zum Stehen zu bringen. Mühl, der nach der Befreiung aus seiner schrecklichen Lage sofort die Bestimmung verlor, wurde nach der Gastwirtschaft gebracht und Herr Partsch erriete telefonisch das Gemeindeamt in Zegel, einen Arzt zu entsenden. Dies geschah auch, nachdem sich der menschenfreundliche Gastwirt bereit erklärt hatte, die Kosten zu übernehmen. Mühl, der schwere Anschuldigungen davongetragen, wurde in fast hoffnungslosem Zustande dem Paul Gerhard-Stift zugeführt werden.

Die Untersuchungsgefänge gegen Sandy und Genossen wegen Falschmünzerei und Betriebs von falschem Geld, die in dem Prozeß gegen den Falschmünzer Keumann zur Sprache kam, ist noch nicht abgeschlossen, vielmehr ist die Behörde bemüht, mehrere mutmaßlich Mitschuldige, die aus Berlin verschwunden sind, zu ermitteln und festzunehmen. Gegenwärtig befinden sich 21 Personen in Untersuchungshaft. Duzch, nach dem die Untersuchungsgefänge benannt ist, war die Seele der Bande, die zwar drei selbständige Werkstätten unterhielt, trotzdem aber gemeinsam bei dem Betriebe der Falschmünzerei operierte. Der Zeilnahme dringend verdächtig erschien auch ein wohlhabender Handwerker aus Weizenze, in dessen Pferdestall ein Siegel und eine Münzform vorgefunden wurden. Dieser ist jedoch nur, wie sich später herausstellte, der Unwissentlichkeit verdächtig, hat sich jedoch weder bei der Herstellung noch bei der Ausgabe der falschen Münzen beteiligt. Er wurde insulgedessen wieder aus der Haft entlassen. Der Betrieb der Falschmünzerei war vorzüglich organisiert. Die Verfertigung derselben fand abwechselnd in den verschiedenen Städtischen und Vororten statt. Die Verbreiter kauften irgend eine Kleinigkeit und baten den gefälligen Verkäufer bei dieser Gelegenheit, doch noch ein 10 oder 20 Markstück gegen kleinere Münze unterzuwechseln zu wollen. Hier bei dieser Gelegenheit wurden dann stets einige Falschstücke untergeschoben. Seitens der Behörde war auch die Möglichkeit in Betracht gezogen worden, daß jener bisher immer noch nicht rekonvaleszierende Verbreiter, der gelegentlich seiner in Brandenburg a. N. erfolgten Verhaftung einen Schuß auf den Polizeibeamten abgab und sich dann selbst tötete, mit der jetzt verhafteten Bande in Verbindung gestanden habe. Jedoch erklärten die sämtlichen Verhafteten, denselben nicht gekannt zu haben.

Ein tödliches Unheil ereilt Freitag früh gegen 8 Uhr der etwa 40 Jahre alte Maler Knopp aus der Lonsdorferstraße. Das Café „Friedrichshof“, Ecke Koch- und Friedrichstraße, das zur Zeit renoviert wird, ist rundum mit einem bis über das Dach reichenden Leitergerüst umgeben, auf dem zahlreiche Maler mit dem Anstreichen der Fassade beschäftigt sind. Knopp befand sich in der Höhe, als angeblich eine Stange des Gerüsts brach, wobei der Maler den Halt verlor und in die Tiefe stürzte. Hierbei schlug er wiederholt auf Bretter auf und kam dann mit zerbrochenen Gliedmaßen und schweren inneren Verletzungen unten an. Zwei Aerzte waren bald zur Stelle, leider aber dauerte es fast 1/4 Stunden, bevor ein Krankenwagen den Schwerverletzten nach der königlichen Klinik in der Hingelstraße überführte. Dort wurden eine schwere Gehirnerschütterung, ein Bruch beider Beine und ein rechtsseitiger Aneurysma festgestellt.

Im Polizeigewahrsam vom Tode ereilt wurde der 42 Jahre alte Arbeiter Karl Müller, der zu jener Klasse gehörte, die keine feste Wohnung besitzt und auch nicht arbeitet. Er war auf der Straße wegen Bettelns aufgegriffen und bis zu seiner Verführung vor den Richter im Gewahrsam untergebracht worden. Dort starb er plötzlich, ohne daß ein Arzt die Ursache zu ermitteln im stande war.

Wieder ein Todesfall durch den Einsturz eines Pferdes. Er betrifft den 35 Jahre alten Arbeiter Winkler aus der Dresdenerstraße 14, der am Donnerstagsvormittag um 10 1/2 Uhr auf dem Lagerplatz der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft an der Ecke der Pynor- und Tegelerstraße ein Pferd anführte. Dabei erhielt er einen Hufschlag vor die Brust und blieb bewegungslos liegen. Da er noch zu leben schien, brachte man ihn nach der Unfallstation in der Lindowertstraße, wo aber der Tod festgestellt wurde. W. hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder in dürftigen Verhältnissen.

Selbstmord im Untersuchungsgefängnis. Vor der ersten Ferien-Strohkammer am Landgericht II wurde am Donnerstagsnachmittag der Arbeiter Puhmann wegen Sittlichkeitsverbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der in reiferen Jahren stehende domizilllose Mensch hatte sich in der Umgegend Berlins an einem Kinde schwer vergangen. In vergangener Nacht hat er seinem Leben ein gewaltiges Ende gemacht, indem er sich in seiner Zelle an seinem Leibriemen aufhängte. Als man ihn heute früh fand, war die Leichensart bereits eingetreten.

Einen tödlichen Ausbruch haben die Verlegungen genommen, die dem Bildhauer Fritz Witz aus der Schönehauser Allee, wie berichtet, in der Nacht zum letzten Montag beigebracht wurden. W. der mit einem Zeuilein A. ein Entseft besuchte, hatte dort die Veranlassung eines andern Mädchens gemacht und war mit der A. darüber in Uneinigkeit geraten. Er ging insulgedessen etwa 300 Meter hinter ihr her, als sie den Heimweg antrat. An der Zimmannstraße und Hingelstraße tauchte ein Mann bei ihm auf, der ihm mit einem Gegenstand, den er aus der Tasche holte und später

wieder darin verschwinden ließ, Schläge oder Stiche am Kopf, im Rücken und an der Brust beibrachte, dann aber durch die Zimmannstraße entflohen, als W. blutend zusammenbrach. Witz starb im Krankenhaus am Friedrichshain und die am Donnerstag stattgehabte gerichtliche Obduktion seiner Leiche ergab, daß der Tod infolge der Verletzungen eingetreten ist. Daher wurde ein Strafverfahren gegen den Täter eingeleitet, dieser aber nicht ermittelt. Eine einwandfreie Zeugnis hat den entkommenen Mann der Kriminalpolizei als untereigt und mittelgroß beschrieben. Die Kleidung soll aus einem schwarzen Rod, gelblich-grünen Hosen und einem weichen Filzhatz bestanden haben. Für die Untersuchung wäre von Wichtigkeit, wenn sich Zeugen bei der Kriminalpolizei meldeten, die in jener Nacht um 2 Uhr den Täter in der Zimmannstraße gesehen haben.

Mit Morphium vergiftet hat sich die 55 Jahre alte Ehefrau Luise des Schneidemeisters Koberg aus der Wallfischstraße 63. Sie litt seit zwei Jahren an nervöser Erregung, die mit Schmerzen verbunden war. Zur Linderung der Qualen hatte ihr ein Arzt vor 14 Tagen Morphiumtropfen verordnet. Als sich nun der Chemismus am 3. August um 3 Uhr zur Abfuhr von fertigen Waren nach einem Geschäft begeben hatte, nahm sie gegen ihre Schmerzen wiederum Morphium. Dabei hat sie zuviel getrunken, jedoch sie von dem alsbald eintreffenden Arzt bestimmungslos auf ihrem Bett liegend angetroffen wurde. Nach Anwendung von Gegenmitteln ließ der Arzt sie in einem Kutschenwagen einem Krankenhaus zuführen.

Am Schlag gestorben ist ein bisher unbekannt gebliebener Mann, der sich anscheinend von seiner Arbeitstelle in der Gegend des Nordens auf dem Heimwege befand und durch die Fennstraße ging. Dort brach er vorzeitig plötzlich zusammen. Andre Arbeiter brachten ihn nach der Unfallstation in der Lindowertstraße, von wo er nach dem Moabit Krankenhaus übergeführt wurde. Dort ist er dem Physikalien erlegen.

Zwei Kinderleichen wurden am Donnerstag früh gegen 1/2 Uhr durch die Polizei aufgefunden: die eines männlichen Geschlechts im Gefäch des Tiergartens am östlichen Rand, die andre weiblichen Geschlechts am Luisenpark im Kanal. Beide Kinder haben anscheinend gelebt.

Feuerbericht. Ein größerer Dachstuhlbrand, der Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr am Ausbruch kam, beschäftigte die Wehr fast zwei Stunden. Drei Rohre mußten unbrauchbar Wasser geben, um das Feuer zu isolieren. Ein erheblicher Teil des Dachstuhls ist zerstört. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt. Ein weiterer Dachstuhlbrand war in der vorbeigehenden Nacht Ursprung. 8 zu besichtigen. Kurz darauf explodierte Mariannenstr. 2 eine Petroleumlampe und verursachte einen Zimmerbrand. Die Wohnungsinhaberin trug leichte Brandwunden davon. Außerdem war Witzelstr. 49 noch ein Kleiderbrand abzulösen, der Kleider und Möbel einäscherte.

Zeugen gesucht. Diejenigen, die am 6. August, vormittags 1 1/2 Uhr, mit ansehen, wie vor dem Hause Nr. 6 in der Wilschstraße von der elektrischen Bahn ein Mann überfahren wurde, werden ersucht, bei Witwe Heberstr. 1, Kummelsburg, Prinz Albrechtstr. 5, v. III., ihre Adresse abzugeben.

Im Zoologischen Garten ist eine Truppe Stämme angelangt. Sie besteht aus 23 weiblichen und 12 männlichen Mitgliedern. Am Sonntag findet die erste Schauvorstellung statt.

Aus den Nachbarorten.

Weißensee. Sonntag, den 20. August, veranstaltet der Sozialdemokratische Arbeiterverein im Café Metzig, Berlinerstr. 11, unter Mitwirkung der Gesellschaft Strzelowicz, des Schmalers Otto Kuch, sowie der Gesangsvereine „Freiheit“ und „Kleinwälder“ ein Konzert der 12-jährigen Kasseler. Um zahlreiche Beteiligung erucht das Komitee.

Johannisthal-Nieder-Schönweide. Die Kreis Turnerschaft „Johannisthal“ begeht am Sonnabend, den 25. d. M., im Johannisthaler Volksgarten von Senfleben die Feier ihres dritten Stiftungsfestes, bestehend in Konzert, Schautänzen der Männer-, Damen- und Schüler-Abteilungen. Fremde der Sache sind freundlichst eingeladen.

Mit der Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses beschäftigte sich eine sehr stark besuchte Versammlung, die am Donnerstagsabend im Größeren Salon, Bergstraße 147, in Rixdorf stattfand. Der Verein der selbständigen Kaufleute der Kolonialbranche hatte diese Versammlung einberufen und zu dieser den Verein der deutschen Handlungsgehilfen-Verband erschienen. Der Referent, wie auch die nachfolgenden Redner plädierten für den 8 Uhr-Ladenschluss und gelangte in diesem Sinne einstimmig eine Resolution zur Annahme.

Aus Rixdorf. Ein schwerer Straßenbahn-Unfall spielte sich am Donnerstagsabend in der Steinmetzstraße ab. Der 47-jährige Sohn des Schriftstellers Paulowitsch aus der Steinmetzstr. 52 wurde beim Überqueren des Bahndamms von dem Motorwagen Nr. 1777 der Linie Dönhofsplatz-Rixdorf (Aniebedstraße) überfahren, wobei dem bedauerndwertem Knaben das linke Bein glatt vom Kumpfe getrennt wurde. Man beachte das verunglückte Kind nach der nahen Unfallstation, von wo es nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde. Nach Angabe von Augenzeugen trifft den Wagenführer keine Schuld.

Tempelhof. Die Vorarbeiten zur Verbreiterung der Berlinerstraße sind nunmehr in Angriff genommen. Die alten Lindenbäume, welche die Straße so lange zierten, werden jetzt gefällt. An ihrer Stelle werden nach erfolgter Regulierung junge Bäume angepflanzt. Auch die Vorarbeiten werden ganz oder teilweise verschwinden, denn um der Straße eine gertelste Fingelinie geben zu können, müssen die Hausbesitzer an einzelnen Stellen ganz bedeutende Streifen Land abtreten. Die Eigentümer haben sich verpflichtet das Gartenland unentgeltlich an die Gemeinde abzutreten. So nach Gartenland übrig bleibt, läßt die Gemeinde die Räume einrücken. Die Kosten für die spätere Reupflanzung des Bürgersteigs tragen die Hausbesitzer selbst. Die Berlinerstraße wird von der Ringbahn bis zur Martendorfer Grenze asphaltiert. Wegen der Verbreiterung der Straße läßt auch die Elektrizitätsgesellschaft die alten bogensförmigen Träger, welche zu beiden Seiten der Straße aufgestellt sind, um den elektrischen Leitungsdraht über die Mitte der Straße fortzuführen, ausgraben, und an Stellen dessen unterirdische Kabel anlegen.

Die junge Ortschaft Vorkiwalde bei Zegel hat das Tempo ihrer Entwicklung so überraschend schnell genommen, daß sie binnen kurzen ihre ältere Schwester, die Gemeinde Dalldorf, zu der sie politisch gehört, an Einwohnerzahl abertreffen wird. Zur Zeit zählt die genannte Kolonie bereits mehr als 1200 Einwohner. Da nun am 1. Oktober weitere vierhundert Personen in 63 neue Wohnungen einziehen werden, so wird Dalldorf von Vorkiwalde kaum überflügelt sein. Die dreiklassige Gemeindeschule Vorkiwalde wird nach Fertigstellung des im Bau begriffenen neuen Schulhauses sechsclassig, im nächsten Jahr achtclassig werden. Für einen Friedhof ist ebenso wie für eine evangelische Kirche mit Pfarrhaus bereits ein geeigneter Platz ausgewählt worden. Der Postverkehr wird vom Zegeler Postamt aus beorgt. Die Gasbeleuchtung dürfte zum Winter fertiggestellt sein; die Hochleitungen werden augenblicklich schon in den Straßen von Vorkiwalde gelegt. Die Lieferung des Gases erfolgt von Reimendorf aus.

Einsegnungs-Anzüge

von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Schneidermstr.,
Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Liquidations-Ausverkauf

des gesamten

Leo Abraham'schen Warenlagers

17. Invalidenstrasse 17 (nahe Garten-Strasse).

Ferner kommen aus einer

52799

Konkurs-Masse

3000 Paar Stoff- u. Arbeiterhosen

(sowie andre Waren in

Herren- und Knaben-Garderoben

zu staunenerregend billigen Preisen zum Verkauf.

Die Eröffnung des Ausverkaufs beginnt

Sonnabend, den 25. August, nachmittags 3 Uhr.

Geöffnet von 8 bis 1 Uhr vormittags, 3 bis 8 Uhr nachmittags.

Wilh. Liebknecht

Portrait, feine Aufnahme, prachtvolles Bild. Größe 46 : 32 cm. Preis 50 Pf. Zu haben bei **Jean Holze, Drehbahn 45, Hamburg.** (130/11)

Fortuna-Säle,

Straussbergerstr. 3, noch einige Sonnabende fest; sowie Vereinszimmer und Regelbahnen zu vergeben. 24645

Charlottenburg, Wallstrasse 1.

Uhrmacher Kunstmann

Kolossales Lager in Uhren. Gr. Auswahl in mod. Goldwaren. Billigste Preise! Conlante Bedienung! Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (40961)

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Teilw. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

(Unbedingt größtes)

Herren- u. Knabengarderobengeschäft

der **Schönhaufer- und Prenzlauer Vorstadt**

Hugo Opitz,

Schneidermeister (52648) **Berlin N., Franseckstrasse 13,** nahe der Schultheiß Bräuerei

Herbstpr. Amt III. 5-96. Gekleert 1895. Das vollständig neu umgebaute Lokal erstreckt sich durch das Vorderhaus, Seitenflügel und Langergebäude, ca. 40 Meter direkte Länge.

Bei ganz bedeutender Auswahl fertiger Garderoben für Herren und Knaben in Achttag-Kleidung, Alltags-Kleidung, Sportbekleidung etc. habe ich noch billigste Preise, von jedem Güter versehen, allerdings ohne jeden Abzug - freies freie Preise!

Niejengroßes Tuchlager zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das eleganteste in eigenen Werkstätten angefertigt werden. *) Bitte sich selbst zu überzeugen.



Wurms Magendoktor

Ansichts-Postkarte

beim Einkauf von Wurms konz. Kräuterliqueur Magendoktor erhältlich.



Dr. S. ... Oberstabsarzt I. Kl. a. D. konstatiert: Um den vielen Schädlichkeiten der heißen Jahreszeit vorzubeugen, genügt es, dem Trinkwasser ein kleines Quantum Wurms Magendoktor zuzusetzen. Vor kalten Getränken und nath frischen Gemüsen, Gurkensalat, Obst u. dgl. ist ein „Wurm“ sehr zu empfehlen. Flaschenverkauf in den Restaurationen und konz. Ladengeschäften. Verlangen Sie Ausschank in Wurms Originalgläsern!

Wanderlust.



Der Mai ist vorüber, der Sommer ist bald da, Dann zieht den Berliner wohl über Berg und Thal. Er schwärmt für das Grüne und sicher steckt er ein Sich dazu 'ne Flasche von M. & W. Müller's Nordlicht-Magenwein

Zu Landpartien und Reisen!
M. & W. Müller's Nordlicht.
Ein sehr alter, wohlschmeckender Korn a Original-Literflasche 1 Mark.
M. & W. Müller's Nordlicht-Magenwein.

Eine vorzügl., süßschmeckende Mischung, feiner als Benedictiner und Halb und Halb. a Original-Korbflasche 1.25 Mark. Prämiiert mit gold. Medaillen. Berlin 80., Waldemar-Strasse 20. Kernbrandwein-Brennerei.

Tadelloser Sitz. Einsegnungs-Anzüge

in Kammgarn Cheviot, Satin etc., tadellos sitzend, ein- oder zweireihig, von 12-36 M. **Herren-Anzüge, neueste Muster der Herbstsaison,** in Jackett-, Rock- oder Gehrock-Form von 15 M. an. **Havelocks, wasserdichter Loden. Herbst-Paletots, sehr elegant, 15-42 M.** **Wasserdichte Gummi Paletots.** In der Mass-Abteilung: Fortwährender Eingang von Herbst-Neuheiten.

Carl Stier, 166. Oranienstrasse 166.

Sehr grosse Auswahl.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hochwald-Bauselle, Vorort, sehr fruchtbar, 100 Morgen, dicht am Dorf und Gasse, 83 Acker, 20 Meter Front. Verkauf sehr billig. Adress: Hesperid bei Bernau. (24735)

Cardinenband Große Frankfurterstr. 9, parterre. (134)

Elegante vorjährige Herrenhosen feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlan: hand-Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken, spottbillig Verlan: hand-Reanderstr. 6.

Reparaturarbeiten, goldene, regulierte spottbillig Verlan: hand-Reanderstr. 6. (25/12)

Teppiche, Gardinen, spottbillig Verlan: hand-Reanderstr. 6.

Teppiche mit Gardinen, spottbillig Verlan: hand-Reanderstr. 6. (134)

Wäbeldverkauf zu soliden Preisen auch Teilzahlung. Adress: Seckauerstr. 81. (22026)

Wahlbaumstängel, ganze Wirtschaft, wie neu, spottbillig Verlan: hand-Reanderstr. 6. (2572)

Taschen, Kleider, Bettstoffe billig Verlan: hand-Reanderstr. 6. (124/13)

Bücherverkauf, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 8 Bände 50 Mark. „Neue Zeit“ 1890-98, 16 Bände, gebunden, 50 Mark. „Fakten“, Ringelstr. 117, IV rechts. (21855)

Betten, neue, Umkante halber Preis billig. Adress: hand-Reanderstr. 78, I rechts.

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Vager vierhundert Maschinen, Vahnenner, 18 Pfund, Strohenrenner, Luxus-Tamendächer, feinsten Kinderwagen, Kindersportwagen direkt aus Fabrik. „Imperial“ Fahrrad, hochste 33. (2048)

Fahrräder-Kaufverlan, Aufgabe des Geschäftes, Model 1900, zwei Jahre Garantie, von 100 Mark an. Verlan: hand-Reanderstr. 6. (134)

Maschinen sämtlicher Systeme, auch neu und rückwärts wählbar, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Verlan: hand-Reanderstr. 6. (134)

Absteiner Feld, Gartendrüsen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, billig. Karl Kaufmann, Wäbeldstr. 19, am Urban. (21/18)

Wahlbaumstängel, ganze Wirtschaft, wie neu, spottbillig Verlan: hand-Reanderstr. 6. (2572)

Taschen, Kleider, Bettstoffe billig Verlan: hand-Reanderstr. 6. (124/13)

Bücherverkauf, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 8 Bände 50 Mark. „Neue Zeit“ 1890-98, 16 Bände, gebunden, 50 Mark. „Fakten“, Ringelstr. 117, IV rechts. (21855)

Betten, neue, Umkante halber Preis billig. Adress: hand-Reanderstr. 78, I rechts.

Nähmaschinen, Eingeringelstich, Bobbin, Adler, Schindler, keine Anzahlung, wöchentlich 1 Mark. Verlan: hand-Reanderstr. 6. (126/15)

Wasserdichte Gummi Paletots. In der Mass-Abteilung: Fortwährender Eingang von Herbst-Neuheiten.

Wasserdichte Gummi Paletots. In der Mass-Abteilung: Fortwährender Eingang von Herbst-Neuheiten.

Rechtshilfe durch Anwalt, Kapplerstr. 41. (170)

Vereinszimmer frei Verlan: hand-Reanderstr. 65. (2008)

Vereinszimmer empfehle Verlan: hand-Reanderstr. 118. (288)

Zahl und Vereinszimmer empfehle Verlan: hand-Reanderstr. 10. (2008)

Festsaal, 500 Personen fahnd, vier renovierte Vereinszimmer (Kaffee, Wein), Vereinen und Gesellschaften Verlan: hand-Reanderstr. 10. (2008)

Allen Bekannten zur Kenntnis, daß ich Grünauerstr. 33, Hof part., eine Schuhmanufaktur eröffnet habe. Otto Köhler. (13)

Rechtobureau Andreadstr. 63 (Konfordia), auch Sonntag. (25056)

Unserm Altrentenbesitzer Franz zu seinem heutigen Dreizehntage ein donnerndes Hoch, daß die ganze Gollmannstr. wackelt. Die freien Leipziger. (2488)

Wahlerte Schicksale, zwei Herren, zu vermieten Dampf, Verlan: hand-Reanderstr. 93, vorn 3 Treppen. (25706)

Arbeitsmarkt. Stellengesuche.

Bilder Studierlichter bitten um Arbeit. Stühle werden gut gelochten, die beiden werden abgeholt und zurückgeliefert. Glaser, Pulverstr. 27. *

Stellenangebote.

Knopfbohrer sucht Heidestr. 48.

Tüchtige Farbigenverlan verlangt Goldbleichenfabrik Verlan: hand-Reanderstr. 18.

Farbigenverlan, Verlan und Bader verlangt Goldbleichenfabrik Verlan: hand-Reanderstr. 18.

Junger Stüler auf Silberarbeit sucht Sänfte, Oranienstr. 185.

Glaser Verlan: hand-Reanderstr. 12. (170)

Schiffmaler verlangt Verlan: hand-Reanderstr. 25. (24005)

Tüchtigen Holzschneider und Reger sucht Kartonfabrik Verlan: hand-Reanderstr. 4. (24996)

Einige tüchtige Cellulose-Schneider und Bieger noch auswärts gesucht. Offerten unter K. 5 an die Expedition des „Vorwärts“. (25025)

Herrentragen Arbeiterinnen im Hause. Samuel, Wäbeldstr. 78, I rechts. (24525)

Suche irgendwelche Beschäftigung in einer Redaktion oder Expedition. Gest. Offerten postlagernd Postamt 59 unter R. S. 8 erbeten. (1117)

2 Vergolder nach Königsberg, 2 Vergolder aufnahme hier, 1 Vergolder auf Vorarbeiten Verlan: hand-Reanderstr. 6. (225/3)

Arbeitsnachweis d. Vergolder. Engel-Hier 15-18. Morgens von 8 bis 10 Uhr.

Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker! Die Firmen Görlitz-Classen und die Weissenauer Holzbearbeitungs-Fabrik, Gollmannstr. 18, sind mit der Verlan: hand-Reanderstr. 6. (1117)

Achtung, Korbmacher! Wegen ausgedehnter Differenzen in der Verlan: hand-Reanderstr. 6. (1117)

Achtung, Cöpper! Wegen Verlan: hand-Reanderstr. 6. (1117)